

BAND 22

# Kritik der grünen Ökonomie

Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

Von **Barbara Unmüßig**, **Wolfgang Sachs** und **Thomas Fatheuer**





**HEINRICH BÖLL STIFTUNG  
SCHRIFTEN ZUR ÖKOLOGIE  
BAND 22**

# **Kritik der grünen Ökonomie**

Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte  
Zukunft

**Von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer  
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung**

## Die Autorin und die Autoren

**Barbara Unmüßig** ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Ihre Themenschwerpunkte sind Globalisierung, Klimapolitik, nationale und internationale Geschlechterpolitik, Demokratieförderung und Krisenprävention. In den Jahren 1991 und 1992 war sie Leiterin der Projektstelle UNCED des Deutschen Naturschutzrings (DNR) und des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zur Vorbereitung des Erdgipfels in Rio de Janeiro 1992.

**Dr. Thomas Fatheuer** hat Sozialwissenschaften und klassische Philologie in Münster studiert. Von 2002 bis 2010 lebte und arbeitete er in Brasilien, u.a. als Leiter des Brasilien-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio de Janeiro. Seit 2011 ist er als freier Berater und Autor in Berlin tätig.

**Dr. Wolfgang Sachs** hat Theologie, Soziologie und Geschichte studiert. Er war lange Jahre Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie und Gastdozent am Schumacher College in England sowie Honorarprofessor an der Universität Kassel. Mitglied des Club of Rome. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland zu Umwelt, Globalisierung und neuen Wohlstandsmodellen.



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

## Kritik der grünen Ökonomie

Impulse für eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft

Von Barbara Unmüßig, Wolfgang Sachs und Thomas Fatheuer

Band 22 der Schriftenreihe Ökologie

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung 2012

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)

Druck: agit-druck

Cover-Photo: Landov MCT 5003040, dpa (das Bild zeigt eine Ethanolfabrik in Brasilien)

ISBN 978-3-86928-082-0

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de



# INHALT

Vorwort	7
<b>Brasilien – ein Schwellenland zwischen Reichtum und Raubbau</b>	9
Der Untergang des Neoliberalismus und die prekäre Konsolidierung	9
Das lateinamerikanische Wunder	10
Ressourcenboom – die Basis des Erfolgs	11
Immer wieder Amazonien	12
<b>Von Rio nach Rio</b>	15
Steckengebliebene Vereinbarungen	15
Veränderte Interessen- und Machtkonstellationen	16
Verfälschter Entwicklungsglaube	17
Flucht aus der Verantwortung	18
Der ökologische Preis der Globalisierung	19
Der Traum von der Trendumkehr	21
<b>Grüne Ökonomie – das neue Versprechen?</b>	22
Grüne Ökonomie laut UNEP	23
Monetarisierung der Natur – Ausweg aus der Ökosystemkrise?	24
Grünes Wachstum laut OECD	26
Bioökonomie – der Aufstieg der Bio-Master	28
Technologie und Effizienz als Allheilmittel	30
Ein weißer Fleck: die Menschenrechte	33
<b>Konturen einer maßvollen Wirtschaft</b>	35
Ökonomie des Genug	36
Social commons als Wirtschaftsfaktor	38
<b>Wohlstand in Vielfalt</b>	42
Literatur	47



# VORWORT

Die erste UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung, die 1992 in Rio de Janeiro stattfand, galt einst als umweltpolitischer Meilenstein. Doch eine echte Trendumkehr für eine soziale und ökologisch tragfähige Zukunft hat sie nicht eingeleitet. Seither haben sich alle wichtigen globalen ökologischen Trends zum Schlechteren und nicht zum Besseren gewendet. Politik und Wirtschaft lassen sich bis heute bei ihren Entscheidungen kaum von Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder Ressourcenknappheit beeinflussen. Dieser Essay beschreibt die Gründe, warum ein tiefgreifendes Umdenken der politischen und ökonomischen Eliten bei der nächsten Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung – erneut in Rio de Janeiro – nicht zu erwarten ist.

Der Klimawandel, die Ressourcenknappheit, die Ernährungssicherung, der Verlust der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt – sie brauchen schnelles Handeln und prioritäre Ziele. Doch mit dem Rio+20-Gipfel treten massive Dilemmata deutlich zu Tage. Die große Weltwirtschaftskrise schreit nach mehr Wachstum. Zur Armutsüberwindung wird ebenfalls in klassischen Wachstums- und Entwicklungskategorien gedacht. Der Klimawandel und die wachsende Ressourcenknappheit verlangen jedoch nach globaler Begrenzung, Genügsamkeit und Schrumpfung. Eine erneute «Große Transformation», ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen allen Nationen, der die planetarischen Grenzen akzeptiert und nach einer menschenrechtsorientierten Entwicklung strebt, wäre notwendig. Stattdessen gibt es traditionell makroökonomische Antworten, die die Probleme allein nicht lösen.

Es scheint, als bliebe es auch 20 Jahre nach dem ersten Erdgipfel ein Traum, dass die Staats- und Regierungschefs aus aller Welt in Rio de Janeiro die planetarischen Grenzen ernstnehmen und endlich die notwendigen Schritte für eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und gerechtere Welt einleiten. Wir möchten mit diesem Essay beleuchten, was in Rio nicht gesagt wird – aber gesagt werden muss.

Die planetarischen Grenzen brauchen mutige und radikale Schritte für eine globale Transformation. Grüne Ökonomie gilt als neues Versprechen für eine «Zukunft, die wir wollen» – so das Motto von Rio+20. Es soll erstmals auf internationaler Ebene bei der Rio+20-Konferenz verhandelt werden. Was sie ist oder sein soll, ist jedoch heiß umkämpft. Die Leserin und den Leser erwartet eine Auseinandersetzung mit den zentralen Konzepten rund um die grüne Ökonomie, die stets die Wirtschaft in den Mittelpunkt aller Debatten zur Zukunftsfähigkeit stellen. Wir werden den Planeten zwar nur mit der Ökonomie und nicht gegen sie retten. Aber bildet sie wirklich das Zentrum aller Lösungen? Wir möchten zur

kritischen Reflexion der vorliegenden Konzepte anregen und zeigen Alternativen auf. Technologie und Effizienz nehmen in allen Konzepten der grünen Ökonomie eine prominente Rolle ein. Doch wozu und für wen, fragen wir? Nicht alles, was «grün» und effizient ist, ist auch ökologisch tragfähig und sozial gerecht. Wir brauchen Effizienz, wir brauchen Ressourcenschonung, aber wir brauchen auch eine Politik des Weniger, wenn die Ressourcen und die Atmosphäre für alle Menschen auf der Erde reichen und ein Leben in Würde und ohne Not möglich sein sollen. Effizienz, Konsistenz, Suffizienz und Menschenrechte sind die Elemente einer grünen Ökonomie, eines Wohlstands mit Maß.

Die Autorin und die beiden Autoren waren bereits rund um den ersten Gipfel in Rio de Janeiro 1992 politisch, publizistisch und wissenschaftlich aktiv. Der damalige Erdgipfel hat unser Denken und Handeln wie so vieler Menschen mit geprägt. Wir sind Realisten angesichts des ökologischen Zustands des Planeten und der ökonomischen und politischen Macht- und Interessenskonstellationen auf der Welt – sie deuten nicht auf eine große Transformation hin. Doch zugleich sind wir Optimisten, weil wir an den Willen und die Kraft der Menschen glauben, sich für ihr Wohlergehen und ihre Freiheit einzusetzen – für ein Buen Vivir!

Berlin, im Mai 2012

Barbara Unmüßig  
*Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung*

# Brasilien – ein Schwellenland zwischen Reichtum und Raubbau

Wer Brasilien zum letzten Mal 1992 besucht hat, wird 2012 große Überraschungen erleben. In zwanzig Jahren haben das Land und der Kontinent tiefgreifende Änderungen erfahren. Gerade Brasilien verkörpert dabei die globalen Dimensionen dieser Entwicklung: aus dem krisengebeutelten Schuldnerland ist ein vor Selbstbewusstsein strotzender «global player» geworden. Das ewige Land der Zukunft scheint nun endlich seine Gegenwart gefunden zu haben. Brasilien ist inzwischen die sechstgrößte Wirtschaft der Welt, gerade hat es Großbritannien überholt. «Endlich Weltmacht» titelte die *Financial Times Deutschland* und bringt damit die neue Eigenwahrnehmung Brasiliens auf den Punkt. Dennoch sind nicht alle alten Gespenster wie die Debatten um Großstaudämme und die Zerstörung des Regenwaldes endgültig gebannt. Um die Zerstörung des amazonischen Regenwaldes toben nach wie vor heftige Debatten, und die Frage nach dem ökologischen Preis des Fortschritts ist so aktuell wie nie. Ein Blick auf die letzten zwanzig Jahre zeigt eine interessante Unübersichtlichkeit.

## Der Untergang des Neoliberalismus und die prekäre Konsolidierung

Im Jahr 1992 begrüßte ein Präsident namens Fernando Collor die Staatsoberhäupter der Welt in Rio. Noch Ende desselben Jahres wurde er wegen Korruption seines Amtes enthoben. Collor war nach den Jahren der Militärdiktatur und einer langen Übergangszeit der erste direkt gewählte Präsident Brasiliens. Seine politische Agenda und die Debatten wurden durch zwei Themen beherrscht: Bekämpfung der Inflation und neoliberale Reformen. 1992 war der erste Stabilisierungsplan der Regierung (Plano Collor) gescheitert, die Inflation erreichte unglaubliche 1131 Prozent. Das Land taumelte in eine neue Rezession. Dies war umso bitterer, als die 1980er Jahre allgemein als das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas angesehen wurden. 1992 erreichte das BIP pro Kopf in Brasilien nur noch 90% des Wertes von 1980, im Nachbarland Argentinien war der Rückgang noch drastischer. Auch ein Blick auf die politische Landschaft war deprimierend. In Peru herrschte Fujimori, in Argentinien Carlos Menem. Der Kontinent wurde von autoritären und populistischen Gestalten sowie Bürgerkriegen in Peru und Kolumbien geprägt. Etwas unbemerkt von der Weltöffentlichkeit saß 1992 nach

einem gescheiterten Putschversuch ein junger Offizier in einem venezolanischen Gefängnis: Hugo Chavez.

Zur gleichen Zeit machten die asiatischen Tiger auf sich aufmerksam. In Südkorea und Taiwan bahnten sich Erfolgsgeschichten aufholender Entwicklung an. Lateinamerika hingegen erschien als der verlorene Kontinent par excellence. In diesem Kontext konnte die neoliberale Agenda weder kurzfristige Erfolge erzielen noch langfristige Perspektiven weisen. Dennoch beeinflusst sie den Kontinent nachhaltig: In den neunziger Jahren werden in Brasilien (und in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas) wichtige Staatsbetriebe privatisiert. Das Ausmaß der Privatisierung schwankt von Land zu Land, aber am Ende des Prozesses ist der Bereich Telekommunikation gänzlich privatisiert und im Banken- und Bergbausektor lichtet sich die Reihe der Staatsbetriebe beträchtlich. Allerdings trifft in fast allen Ländern die Liberalisierungswelle auf heftige Gegenströmungen – die neoliberalen Reformen geraten überall zu Stückwerk. So bleiben in Brasilien die beiden größten Banken des Landes und der Erdölkonzern Petrobras unter der Kontrolle des Staates.

## **Das lateinamerikanische Wunder**

2012: Der Kontrast zu 1992 kann kaum größer sein. Nach einer schwierigen Konsolidierungsphase während der Präsidentschaft von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) beginnt unter Lula da Silva ein langanhaltender Wirtschaftsaufschwung. Umverteilungsprogramme («Bolsa Familia») und eine systematische Anhebung des Mindestlohnes führen zu einer eindrucksvollen Reduzierung der Armut. Die Erfolgsstory wiederholt sich auf dem ganzen Kontinent. Der Anteil der Armen an der Bevölkerung Südamerikas sank zwischen 1990 und 2010 um 17 Prozent, der Anteil extrem Armer sogar von 22,6 Prozent auf 12,3 Prozent.

Alte Themen sind fast in Vergessenheit geraten. Brasilien ist von einem großen Schuldnerland zum Nettogeber geworden. Die Inflation ist unter Kontrolle und die Wirtschaft wächst beständig, für 2010 wurde mit 7,5 Prozent Wachstum ein Rekordwert erreicht. Das Wirtschaftswunder hat zu einer politischen Stabilität beigetragen, die für den Kontinent ungewöhnlich ist: Lula wurde nicht nur wiedergewählt, er schaffte es auch, dass 2010 Dilma Rousseff, seine Wunsch Kandidatin, zu seiner Nachfolgerin gewählt wurde. Auch in den anderen Ländern des Kontinents sind viele Präsidenten bereits durch Wiederwahlen bestätigt worden.

Bemerkenswert ist, dass diese unglaubliche Stabilisierung und Erholung Lateinamerikas mit einer politischen Entwicklung zusammenfällt, die allgemein als Linksruck bezeichnet wird. «Progressive» Regierungen herrschen in den meisten Ländern des Kontinents. Insbesondere Hugo Chavez und Evo Morales sind weltweit als Protagonisten einer ostentativen Abwendung von neoliberalen Konzepten wahrgenommen geworden; Lula hingegen steht eher für die gemäßigte Variante des Linksrucks. Dennoch begreift sich auch Brasilien als Protagonist einer post-neoliberalen Agenda. Der Staat gibt den Motor

einer aktiven Entwicklungspolitik, Privatisierungen werden eingestellt und die öffentlichen Banken zu einem wichtigen Planungsinstrument. Aktiver Staat plus Wirtschaftswachstum plus Umverteilung – so könnte das brasilianische Erfolgsmodell auf eine kurze Formel gebracht werden.

## **Ressourcenboom – die Basis des Erfolgs**

Aber die Basis des Aufschwungs in Lateinamerika ist die Raubwirtschaft: Das Wachstum hängt stark von einem neuen Rohstoffboom ab; Erdöl, Gas, Bergbau und der Export von Agrarrohstoffen und -produkten haben die Staatskassen in Lateinamerika gefüllt. Diese Entwicklung wird als «Neo-Extraktivismus» bezeichnet. Die Abhängigkeit des Kontinents von Rohstoffexporten ist ein altes Thema. Das «Neo» ist aber auch wichtig, denn die linken Regierungen haben die Erlöse aus dem neuen Rohstoffboom genutzt, um Sozialpolitik zu betreiben. Nur eine Zahl mag das Ausmaß dieses Booms illustrieren. Zwischen 2004 und 2008 stiegen die Exporte des Mercosur plus Chile und Bolivien aus dem Bergbau von 20 Milliarden auf 58 Milliarden US-Dollar.

In der Vergangenheit kritisierte die südamerikanische Linke die extraktivistischen Enklavenökonomien in der Vergangenheit scharf, während sie diese heute als eine unabdingbare Komponente für Entwicklung und Armutsbekämpfung verteidigt. Mehr noch, sie bekräftigt, dass der von ihnen geführte Staat hierbei effizienter sei. Und sie klinkt sich in einen Modernisierungsdiskurs ein, der den unternehmerischen und kommerziellen Erfolg und die Nutzung von wissenschaftlich-technischen Innovationen feiert und einen Nutzen für die gesamte Gesellschaft, vor allem in Hinblick auf die Möglichkeit zum Konsum, in den Vordergrund stellt (siehe Gudynas 2011).

Die Legitimität der linken Regierungen in Südamerika gründet somit auf einer Kombination von Extraktivismus und Umverteilung, die sowohl von den Herrschenden wie von großen Teilen der Bevölkerung als Erfolgsmodell wahrgenommen wird. Kein Wunder, dass gerade viele Regierungen und die durch sie repräsentierten sozialen Kräfte in Lateinamerika dem Diskurs einer grünen Ökonomie zutiefst misstrauen, wittern sie doch die Gefahr, dass ihr Erfolgskurs durch grüne Auflagen gebremst werden könnte. In Brasilien spielt zwar auch die Förderung von Öl eine große Rolle, aber Hauptfaktor des exportgestützten Aufschwungs ist der Agrarsektor. Soja, der Zuckerkomplex (Zucker und Ethanol), Fleisch und Eisenerz sind die wichtigsten Exportprodukte Brasiliens. Der Anteil von Rohstoffen oder nur gering verarbeiteten Produkten (Aluminium, Zellulose) an den Exporten hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen: Von 2005 bis 2011 fiel der Anteil von industrialisierten Produkten an den Exporten von 80 Prozent auf 59 Prozent, im gleichen Zeitraum stieg der Export von Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten auf 41 Prozent.

Selbst in Regierungskreisen wird diese als «Reprimarisierung» der Exporte bezeichnete Tendenz mit Sorge beobachtet. Gemeinhin wird aber darin ein «window of opportunity» gesehen, das es zu nutzen gilt, um auch langfristige

Strukturverbesserungen (Investitionen in Infrastruktur und Bildung) zu ermöglichen. Die Großmacht Brasilien ist also, wie es in der Nationalhymne heißt, ein «Gigant aufgrund seiner Natur». Die Naturabhängigkeit des brasilianischen Entwicklungsmodells wird noch durch den Energiesektor verstärkt. Etwa 80 Prozent der elektrischen Energie stammt aus Wasserkraft. Und kein Land dieser Welt hat so konsequent und erfolgreich in den Ausbau von Agrotreibstoffen investiert wie Brasilien.

Die brasilianische Regierung versucht gerade dieses Energiemodell, das auf emissionsarmen Energiequellen und nachwachsenden Rohstoffen basiert, als ihre Version einer grünen Ökonomie darzustellen. Damit sind wir aber bei einem ganz anderen Konfliktfeld als noch im Jahr 1992. Die Konzentration der internationalen Umweltpolitik auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Rahmen der Klimaverhandlungen hat Entwicklungsoptionen gestützt, die nun zu ganz anderen sozio-ökologischen Konflikten führen, die ganz offensichtlich mit den Fragen der Landnutzung verbunden sind. So führt der verstärkte Anbau von Zuckerrohr (für Ethanol) und Sojamonokulturen zur Verdrängung der Viehzucht nach Amazonien und zur Zerstörung von Ökosystemen. Alte Gespenster kommen damit im neuen Gewand zurück.

## **Immer wieder Amazonien**

Brasilien könnte sich der Weltöffentlichkeit als Musterland einer grünen Ökonomie präsentieren, wenn da nicht Amazonien wäre. Im Jahr 1992 stand die Abholzung des größten Regenwalds der Welt im Brennpunkt des internationalen Interesses an Brasilien; dafür hatten Entwicklungen in den Vorjahren gesorgt. Im Dezember 1988 erschütterte die Ermordung von Chico Mendes die Welt. Der Anführer der Bewegung der Kautschukzapfer war durch Blockadeaktionen gegen Entwaldungen zu einer globalen Ikone des Kampfes gegen die Zerstörung des Regenwaldes geworden. 1989 erregte ein Protest gegen einen Megastaudamm am Xingu-Fluss weltweite Aufmerksamkeit. Indigene Völker wurden dadurch als Akteure international wahrgenommen – und sie erreichten viel: Die Staudammpläne wurden zumindest vorläufig ad acta gelegt, die Weltbank zog die Zusage zu einem Kredit über 500 Millionen US-Dollar für den Energiesektor zurück, und die ehrgeizigen Pläne der Regierung, bis 2010 vierzig Staudämme am Amazonas zu bauen, wurden erst einmal Makulatur.

Amazonien – das war nun ein Symbol gescheiterter Entwicklung auf Kosten der Umwelt. Um darauf zu reagieren, ernannte Präsident Collor den international bekannten Umweltschützer Lutzenberger zum Umweltminister. In einem *Spiegel*-Interview im März 1990 sagte Lutzenberger, dass Collor «Brasilien von der Anklagebank wegbringen (möchte), auf der es sich heute auch seiner Meinung nach zu Recht befindet». Und weiter: «Was sich in Amazonien abspielt, ist ein Krieg, ein Raubzug. Eine Koalition aus Großgrundbesitzern und multinationalen Konzernen plündert die Ressourcen des Landes zu Lasten der dort

lebenden Menschen und der Natur. Indianer und Kautschuksammler werden ihrer Menschenrechte beraubt.» Welch bittere Bilanz eines Regierungsvertreters.

Lutzenberger hat nicht einmal bis zur Rio-Konferenz 1992 im Amt des Ministers durchgehalten.

Doch seit dieser Zeit hat sich durchaus einiges getan. Die Umweltpolitik ist inzwischen nicht mehr primär eine Marketingstrategie, sondern ein etablierter und professionalisierter Teil des politischen und juristischen Systems Brasiliens. Auch Lula hatte es zunächst mit einer charismatischen Umweltaktivistin als Ministerin versucht: Marina Silva, eine Kampfgefährtin von Chico Mendes, war die erste Ernennung, die er nach seiner Wahl 2002 verkündete. Auch dies zeigte die Sorge um das internationale Image Brasiliens. Marina hielt sechs Jahre lang durch, aber dann war auch für sie das Maß voll: Zu sehr wurde das Umweltministerium unter Druck gesetzt, Großprojekten und Wirtschaftswachstum nicht im Wege zu stehen. Marina Silva errang 2010 als Kandidatin der Grünen Partei bei den Präsidentschaftswahlen 20 Prozent der Stimmen, ein deutliches Zeichen dafür, dass die ökologische Frage inzwischen zu einem wichtigen gesellschaftlichen Streitthema geworden ist.

Mit Izabella Teixeira wird Brasilien nun durch eine neue Generation von Umweltpolitikern repräsentiert. Die aktuelle Ministerin ist im Umweltbereich ausgebildet und beruflich qualifiziert. Sie verkörpert den Schwenk von einem heroischen zum pragmatischen Umweltschutz, der – nach ihren Worten – umstrittene Projekte nicht mehr verhindern, sondern konditionieren will. Sie wird in Rio im Juni 2012 vor der Weltöffentlichkeit eine Erfolgsgeschichte präsentieren wollen. Tatsächlich ist die Zerstörung des Regenwaldes in Amazonien in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Brasilien hat in Kopenhagen bereits das Ziel verkündet, bis 2020 die Entwaldung in Amazonien um 80 Prozent zu senken.

Doch ein echter Erfolg scheint nicht zu gelingen. Im Vorfeld von Rio+20 ist Brasilien über ein neues Waldgesetz gespalten. Das Gesetz würde illegale Abholzungen der Vergangenheit amnestieren und bestehende Vorschriften flexibilisieren. Brasilianische NGOs und soziale Bewegungen sehen in dem Gesetz, das über eine deutliche parlamentarische Mehrheit verfügt, eine Ermutigung zur Entwaldung und haben eine internationale Kampagne gegen die Verabschiedung des Gesetzes bzw. für ein Veto durch die Präsidentin initiiert.

Und noch ein anders Reizthema wird in Rio im Juni 2012 zur Sprache kommen. Ausgerechnet die Regierung Lula brach das Tabu, neue Großstaudämme im Amazonasgebiet zu bauen. Am Rio Madeira werden zwei große Staudämme errichtet und am Xingu die 1989 gescheiterten Pläne neu aufgelegt. Mitten im Amazonasgebiet beginnen gerade die Bauarbeiten für den drittgrößten Staudamm der Welt: Belo Monte. Er ist nun zu einem weltweiten Streitfall geworden. Doch die brasilianische Regierung beharrt darauf, dass die Zukunft der Energiegewinnung Brasiliens im Amazonasgebiet liegt. Während in der Nähe der industriellen Zentren das Potenzial für Wasserkraftwerke weitgehend ausgeschöpft ist, sieht die Regierung in Amazonien eine große Zukunft: Nach dem aktuellen Zehnjahresplan

für Energiepolitik sollen in der Region bis 2017 28 Wasserkraftwerke entstehen. Der Organisation International Rivers zufolge sind sogar mehr als 60 Staudämme im brasilianischen Amazonasgebiet geplant. Auch wenn die Nutzung dieses Potenzials von vielen Faktoren abhängt, ist deutlich, dass Amazonien zur Schlüsselregion für die Wachstumsperspektiven Brasiliens wird. Amazonien ist nun das «hydroelektrische Eldorado» (Raul do Vale) des Landes.

Der zentrale Stellenwert dieses Gebiets für das aktuelle Entwicklungsmodell der Regierung zeigt sich in der Schwerpunktsetzung des «Programms zur Beschleunigung des Wachstums» (PAC), dem zentralen Investitionsprogramm der Regierung. Bis 2020 soll die unglaubliche Summe von 212 Milliarden Reais (etwa 90 Milliarden Euro) in der Region investiert werden. Energie, Transport und Bergbau sind die Investitionsschwerpunkte, die Amazonien in einen Motor des Wachstums (Folha de Sao Paulo) verwandeln sollen. Wie diese Perspektiven mit der Erhaltung des Regenwaldes in Einklang zu bringen sind – das ist eine offene Frage, an der sich zurzeit in Brasilien die Geister scheiden.

Die alten Gespenster sind also lebendig – doch sie haben ihr Gesicht verändert. Die Debatte ist nicht mehr «grüne» gegen «braune» Wirtschaft – die grüne Ökonomie ist selbst zum Schauplatz heftigster Auseinandersetzungen geworden. Agrotreibstoffe und Wasserkraft werden von der brasilianischen Regierung gerne als ihr Beitrag zu einer grünen, kohlenstofffreien Wirtschaft bezeichnet – und von Umweltschützerinnen und Umweltschützern und den sozialen Bewegungen gerade wegen ihrer öko-sozialen Konsequenzen heftig kritisiert. Der Agrarsektor wird nicht mehr von der alten Garde Großgrundbesitzer repräsentiert, sondern hat sich zu einem hochmodernen und produktiven Wirtschaftszweig entwickelt. So ist die brasilianische Schlachthauskette JBS Friboi, nach eigenen Worten, zum weltweit größten «Verarbeiter tierischer Proteine» geworden. Dieses Agrobusiness ist politisch einflussreich und hat sich zu einer wichtigen Stütze der Regierung entwickelt und dabei gelernt, den Umweltdiskurs aufzugreifen. Auf Umweltkonferenzen treten heute Akteure wie der brasilianische Zucker- und Ethanolsektor mit beträchtlichem Aufwand und Lobbykraft auf. Und der ehemalige Landwirtschaftsminister Roberto Rodrigues, heute ein eloquenter Fürsprecher des Agrobusiness, ist wohl diejenige Person des öffentlichen Lebens, die in Brasilien die Chancen der grünen Ökonomie am eifrigsten propagiert: Brasilien könnte das globale Projekt der grünen Ökonomie anführen – auf der Basis des Ausbaus von Agroenergie und Wasserkraft.

Solche Fürsprecher einer grünen Ökonomie verstärken aber die Vorbehalte von NGOs und sozialen Bewegungen: Zwischen altlinker Skepsis und der Wortführerschaft durch zweifelhafte Akteure bleibt kaum Platz, grüne Ökonomie als positiven Ansatzpunkt aufzugreifen. Hier manifestiert sich ein fundamentaler Unterschied zu Rio'92. Nachdem vor zwanzig Jahren der alte Gegensatz zwischen Umwelt und Entwicklung zumindest diskursiv entschärft wurde, haben «grüne» Ideen nun ihre Unschuld verloren und sind selbst zum Schauplatz antagonistischer Konzepte geworden. Die Welt ist heute noch unübersichtlicher, das zeigt das brasilianische Beispiel mit aller Deutlichkeit.

# Von Rio nach Rio

Die Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung im Jahr 1992 wird von manchen zu einem mythischen Ereignis verklärt. Das ist geschichtsvergessen. Die beim Rio-Erdgipfel 1992 versammelte internationale Ökologie- und Entwicklungsbewegung hat damals die Ergebnisse keineswegs rundum begrüßt. Es war schnell deutlich geworden, dass Rio '92 nicht der historische Scheideweg für eine globale Ökologie- und Gerechtigkeitspolitik war. Die erhoffte Friedensdividende blieb aus. Rio '92 offenbarte hingegen nach dem Ende des Ost-Westkonflikts zum ersten Mal auf der großen Weltbühne die massiven Interessensgegensätze und Konfliktklinien innerhalb der OECD-Welt (Industrieländer) und den G77+ (Klub der Schwellen- und Entwicklungsländer), zwischen Nord und Süd. Sie machte die unzähligen nationalstaatlichen und wirtschaftlichen Partikularinteressen offenkundig. Konzeptionelle Widersprüche und viele Kompromisse bestimmten auch damals die Agenda und Entscheidungen.

### Steckengebliebene Vereinbarungen

Die in Rio unterzeichnete Klimarahmenkonvention sollte eigentlich schon damals konkrete CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele beinhalten. Das scheiterte am Veto der USA. Damalige Überlegungen, eine solche Konvention auch ohne die USA zu verabschieden, erinnern fatal an die heutigen zähen Verhandlungen im multilateralen Klimaschutz. Die Konvention zum Schutz und Erhalt der biologischen Vielfalt verpflichtet zwar zum Schutz von Ökosystemen, Arten und genetischer Vielfalt. Sie ist aber bis heute nicht von den USA ratifiziert. Der Verlust der biologischen Vielfalt geht ungehindert weiter. Die Konzentration des genetischen Wissens in den Händen weniger Konzerne (durch Prospektion, Patente usw.) konnte nicht gestoppt werden. Die Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation, damals ein Zugeständnis an Entwicklungsländer, ist beinahe bedeutungs- und vor allem wirkungslos.

Dennoch haben all diese Konventionen von 1992 einen wichtigen völkerrechtsverbindlichen Rahmen geschaffen und erstmals wurden die grenzüberschreitenden Klima- und Ökokrisen in einem multilateralen Aushandlungskontext zu bearbeiten begonnen. Die Agenda 21, ein 300 Seiten starkes Kompendium, ist das Herzstück der ersten Rio-Konferenz. Die Agenda 21 beschreibt konkrete Handlungsfelder und zeigt Wege auf, wie mit nachhaltiger Entwicklung Armut und Ungleichheit überwunden und gleichzeitig der Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen garantiert werden kann. Sie war Antrieb für viele kommunale

Umsetzungsinitiativen: die Lokale Agenda 21. Menschen forderten auch vor Ort die Teilhabe an einer ökologischen und gerechteren Kommunalpolitik. Einige der Bündnisse der Städte und Gemeinden – auch transnationale – bestehen bis heute.

Die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDG) aus dem Jahr 2000 haben an diesen Aktionsplan von 1992 leider nicht wirklich angeknüpft und sind, was ökologische Ziele angeht, weit hinter das in Rio Erreichte zurückgefallen. Was soziale und ökologische Ungleichheit und Armut auf dem Globus angeht, haben sich trotz regionaler erheblicher Unterschiede die großen Trends nicht geändert. Auf das unterste Fünftel der Weltbevölkerung verteilen sich gerade einmal zwei Prozent des globalen Einkommens. Und es sind immer noch circa 25 Prozent der Weltbevölkerung, die zu Dreiviertel der weltweiten Kohlendioxidemissionen verantwortlich sind, wobei hier die Schwellenländer aufgeholt haben. Für ein Drittel der Weltbevölkerung, die unmittelbar von natürlichen Ressourcen leben, hat sich die Lebenssituation durch den Klimawandel, die Bodenerosion, den Wassermangel, die Abholzung der Wälder, den Artenverlust sowie durch Landnahme in den letzten 20 Jahren vielfach verschlechtert, nicht verbessert.

Die Rio-Erklärung der Staats- und Regierungschefs von 1992 schließlich hält wichtige umweltpolitische Orientierungen für wirtschaftliches Handeln wie das Vorsorge- und Verursacherprinzip fest. Sie werden allerdings nicht konsequent genug umgesetzt. Andernfalls wäre in den letzten 20 Jahren sicherlich weniger ökologische Zerstörung und Verschmutzung der Bio- und Atmosphäre zu verzeichnen.

Was sich in den letzten 20 Jahren am meisten verändert hat, ist die ökonomische Geographie der Welt. Die Interessens- und Konfliktkonstellationen waren zwar schon bei Rio '92 komplizierter, als manche wahrhaben wollten. Geprägt war Rio '92 dennoch vom jahrzehntealten Nord-Süd-Konflikt. Die Verhandlungsmacht der Industrieländer hatte nur wenige Risse. Ihr Anliegen war es, die wachsenden transnationalen Umweltprobleme im UN-Kontext besser zu integrieren. Die Entwicklungsländer machten damals zur Bedingung, dass «Entwicklung» neben Umwelt das zweite Schlüsselwort von Rio '92 wurde. Die «Rio-Erklärung» ist im ganzen Tonfall eher eine Erklärung zur Entwicklung als eine Erklärung zur Umwelt. Man hat dort das «Recht auf Entwicklung» erneut verankert und viel diplomatisches Geschick darauf verwendet, dass es keinen Satz darin gibt, der als Plädoyer für Entwicklungshemmung hätte ausgelegt werden können. Dieser Kompromiss kam den Industrie- wie den Entwicklungsländern gelegen, erlaubte er doch ungeachtet der Umweltkrise, die Tagesgeschäfte weiterzuführen. Dieses Business as usual ist es, das heute in jedem Bericht, der sich mit dem globalen Umweltzustand befasst, beklagt wird – und das es zu überwinden gilt.

## **Veränderte Interessen- und Machtkonstellationen**

Die politische Kategorie Nord und Süd taugt heute noch weniger als 1992. Die wirtschaftliche Globalisierung hat diese Unterscheidung letztlich unbrauchbar

gemacht, auch wenn sie immer wieder in internationalen Verhandlungen – je nach Interessenlage vor allem der Schwellenländer – im politischen Poker eingesetzt wird.

Brasilien, China, Indien – sie stehen für die gewaltige wirtschaftliche Aufholjagd der Schwellenländer. Beim Rio-Gipfel 1992 tauchte China als wichtiger Akteur noch gar nicht auf oder versteckte sich in der Gruppe der 77+. Doch die chinesische Ökonomie wächst seit den 1980er Jahren mit durchschnittlich zehn Prozent. Sie wuchs zunächst und fast ausschließlich auf den Grundlagen einer fossilen und rohstoffbasierten Entwicklung. Und sie richtete sich auf die Produktions- und Konsumsysteme des Nordens hin aus. Letzteres gilt auch für Brasilien, weit weniger für Indien. Die Interessen- und Machtkonstellationen sind schon allein deshalb heute nicht mehr die von 1992. Die wachsende wirtschaftliche Bedeutung der aufstrebenden Schwellenländer hat Auswirkungen auf Entscheidungsprozesse und mittlerweile auch Mehrheitsverhältnisse in multilateralen Politikforen und internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank. Dieser politische Machtzuwachs heißt aber noch lange nicht, dass er sich günstig auf eine klima-, ressourcen- oder sozialverträglichere Entwicklungsrichtung auswirkt. Die Regierungen der Schwellenländer tun alles, um sich bloß nicht auf Grenzziehungen für den Ressourcenverbrauch oder Emissionen aller Art einzulassen. Und die Mehrheit der alten Industrieländer hat ihren Emissionsausstoß und Ressourcenverbrauch in absoluten Zahlen ohnehin nie gedrosselt. Sie stehen 20 Jahre nach Rio eben nicht als Vorbilder da und befinden sich heute mitten in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg.

## **Verfehler Entwicklungsglaube**

Im Rückblick auf den Erdgipfel von 1992 kann ein verhängnisvoller, aber historisch gleichwohl unvermeidbarer Fehler ausgemacht werden: Das Konzept von «Entwicklung als Wachstum» wurde nicht in Frage gestellt. So stand schon die Konferenz unter dem programmatischen Titel «Umwelt und Entwicklung», und die Erklärung von Rio proklamierte schließlich den Begriff der «nachhaltigen Entwicklung».

So wichtig es ist, die positiven Wechselwirkungen von Umwelt und Entwicklung zu benennen – sie sind nicht widerspruchsfrei. Unter der Zweideutigkeit des Entwicklungsbegriffs verschwand, dass «Entwicklung» eben nicht automatisch in Harmonie zu «Umwelt» steht. Auf der einen Seite heißt «Entwicklung» Wolkenkratzer hochzuziehen, Hochleistungssorten zu züchten und jede Menge Autos zu fahren – «nachholende Entwicklung» eben. Auf der anderen Seite Wasserbrunnen zu bauen, Krankenhäuser einzurichten und den Transport zum Regionalmarkt zu erleichtern. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung hat offen gelassen, um was es geht: um «Entwicklung als Wachstum» oder um «Entwicklung als Gerechtigkeit»? Wer soll teilhaben, wer soll von ihr profitieren? Wie soll Verteilungspolitik global, regional und lokal gestaltet werden?

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung gibt dafür keine Auskunft; es ist von einer monumentalen Leere. Wenn beide Entwicklungsperspektiven in eine konzeptionelle Hülle gepackt werden, kann dies nur zu Verwirrung oder zu Verschleierung führen. Die Rede von der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie sind ein Ergebnis davon. Eine Reihe der Defizite des viel zitierten Erdgipfels rührt von diesen Zweideutigkeiten des Entwicklungskonzepts her.

Bald avancierte vor allem Nachhaltigkeit bei uns in Deutschland zu einem Modewort. Es wurde eine Worthülse für alles und jedes: nachhaltige Renten, nachhaltige Haushalte ... Ein beliebiger Begriff, seiner ursprünglichen emanzipatorischen und innovativen Kraft entkleidet. Die ursprüngliche Intention, ökologische, soziale, ökonomische und kulturelle Dimensionen für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften – ob in Nord, Süd, Ost oder West – zusammen und in ihren Wechselwirkungen zu gestalten, ist verloren gegangen und nicht in politisches Handeln umgesetzt worden. Außerdem war mit «Entwicklung als Wachstum» vorgezeichnet, dass der Süden dieser Welt dem Norden nachfolgen muss; mehr noch, dass die armen Länder nur Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie den Übergang von der agrarischen in eine moderne Gesellschaft auf dem Weg einer fossilen Industrialisierung forcieren.

Sämtliche Vereinbarungen von Rio '92 kommen doppelgesichtig daher: Sie rufen einerseits die ökologische Wende aus und unterstreichen andererseits die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum, Freihandel, Privatisierung und Deregulierung. Binnen zweier Jahre hat sich diese Doppelgesichtigkeit aufgelöst: Marrakesch hat Rio geschlagen. Denn in Marrakesch traten dieselben Regierungen, die sich in Rio noch als die Retter der Erde in Szene gesetzt hatten, als Verkäufer der Erde auf. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Januar 1995 wurden Verpflichtungen wie Freihandel verbindlich, deren Auswirkungen auf einen noch schnelleren Ausverkauf des Naturerbes weltweit hinausliefen. Was immer an Gewinnen nach Rio zu verzeichnen war, wurde so rasch von den Wellen der Globalisierung weggespült. So erklärt sich das Rio-Paradox: Rio war gut für die Rhetorik, doch Marrakesch wurde in die Tat umgesetzt.

## Flucht aus der Verantwortung

In Rio 1992 wurde erstmals in einem internationalen Dokument das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und Fähigkeit zur Überwindung der sozialen und ökologischen Krisen verankert. Hier haben *alle* Regierungen Verantwortung übernommen und Gerechtigkeit versprochen – und zwar zwischen den Nationen, innerhalb von Gesellschaften und zwischen den Generationen.

Dieses Rio-Prinzip hat keine Regierung von konsequentem Handeln angenommen. Es hat richtigerweise die historische Verantwortung des Nordens für die globalen Krisen festgestellt. Folgerichtig haben sie zugesagt, den Hauptteil der strukturell notwendigen Veränderungen beim Emissionsausstoß und Ressourcenverbrauch zu tragen und eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Zugesagt haben sie auch, nach dem Prinzip der solidarischen Unterstützung, den Technologie-

transfer und Entwicklungshilfe insgesamt zu erweitern. Die Regierungen des Südens waren aber gleichermaßen aufgefordert, Armut zu bekämpfen und dabei die Umwelt zu schonen. Dieser großartige multilaterale Konsens ist inmitten der neoliberalen Wirtschaftsdynamik stecken geblieben.

Die Industrieländer haben den Rio-Deal gleich mehrfach gebrochen. Sie haben ihr Expansionsmodell nicht zurückgefahren. Die alten Industrieländer sind niemals – bei aller Effizienzsteigerung – von ihrer exzessiven Inanspruchnahme des globalen Naturvermögens abgerückt. Sie haben keinen «Platz» gemacht für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Nirgendwo hat das Prinzip der geteilten Verantwortung, der Lastenteilung und der Versprechen der Hauptverursacher so drastisch versagt wie beim Klimaschutz. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Industrieländer sind kontinuierlich gestiegen, statt notwendigerweise drastisch zu sinken. Der Norden hat insgesamt sein Umweltkonto so dermaßen überzogen, dass der Verteilungskampf um das, was noch «übrig» bleibt, bedrohliche Züge annehmen kann. Zudem hinken die versprochenen finanziellen Transferleistungen des Nordens weit hinter den mehrfach wiederholten Zusagen (für Entwicklung und Klimaschutz) zurück. Der Norden liefert bis heute viel zu wenig, um wirklich Vorreiter beim Ressourcenverbrauch und Emissionsausstoß zu sein.

Die Entwicklungsländer haben ihrerseits die differenzierte, aber geteilte Verantwortung fälschlicherweise als Option verstanden, doch den nördlichen Konsum- und Produktionsmodellen nachzueifern oder für sie Massenprodukte bzw. Ressourcen und Rohstoffe jeder Art zu liefern.

Statt die zentrale Erkenntnis von Rio '92 ernst zu nehmen, dass das vormalige westliche Konsum- und Produktionsmodell nicht globalisierbar ist, ist genau das Gegenteil eingetreten. Heute werden massenhaft Rohstoffe und Landflächen und immer noch in gigantischem Ausmaß fossile Energien verbraucht. Durch den Aufschwung der Schwellenländer haben die alten Industrieländer mächtige Konkurrenz um knapper werdende Ressourcen bekommen. Der Wettlauf um die Rohstoffe hat längst begonnen. Deutlich zugenommen hat die Konkurrenz um die neuen «kritischen» Rohstoffe wie Lithium, Coltan oder die Metallgruppe der Seltenen Erden. Sie sind auch die «Stoffe» der Energiewende und für viele Zukunftstechnologien im Kommunikations-, Verkehrs- und Militärsektor zentral. Ressourcen- und Rohstoffpolitik ist deshalb längst kein Nischenthema mehr. Ressourcen- und Rohstoffpolitik steht auf der politischen Agenda der Industrie- und der Schwellenländer ganz oben. Die Sicherung der Rohstoffzufuhr für die industrielle Produktion ist zum Topthema in der Politik, bei Industrieunternehmen und internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation (WTO) geworden.

## **Der ökologische Preis der Globalisierung**

Der ökologische Preis der Globalisierung ist horrend. In den vergangenen Jahren ist es weltweit zum bislang höchsten Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen gekommen – und das nicht nur in Schwellenländern wie China. Daten der Internationalen

Energieagentur zufolge erreichten die Emissionen 2010 weltweit einen Spitzenwert von 30,6 Gigatonnen. Die multilateralen Klimaverhandlungen haben daran nichts geändert und zu einer eklatanten Lücke («Gigaton Gap») von bis zu zehn Gigatonnen geführt, die eigentlich reduziert werden müssten, wenn wir die vom Weltklimarat geforderten Ziele – eine Senkung von mindestens 25 bis 40 Prozent für die Industriestaaten bis 2020 (verglichen mit den Zahlen für 1990) – annähernd erreichen wollen.

Die globale Nachfrage nach energetischen wie auch nicht-energetischen Rohstoffen führt zu massiven Preissteigerungen. Das macht Investitionen in immer risikoreichere, teurere und schädlichere Ausbeutungen ökonomisch lukrativ. Das gilt für Tiefseebohrungen und besonders für Teersande und Schiefergas. Kanada ist der weltweit größte Produzent und Exporteur von Öl aus Teersanden. In der Provinz Alberta entstehen auf einer Fläche von der Größe Großbritanniens Mondlandschaften. Die Chemikalien und Abfälle verseuchen die lokale Umwelt. Die Krebsraten bei den Ureinwohnern steigen, und die Produktion verschlingt Unmengen an Wasser und Energie. Klimaschutz wird somit zur Farce.

Aber nicht nur in Kanada gibt es diese besonders dreckige Form von unkonventionellem Öl. Prospektionen, Probebohrungen und teilweise auch Pilotprojekte für Teersandabbau gibt es auch in Nigeria, Madagaskar und der Republik Kongo. Angesichts schlechter Regierungsführung, hoher Korruptionsraten und sensibler Ökosysteme sind die tatsächlichen und potenziellen Auswirkungen dieser Projekte verheerend.

Anders als beispielsweise beim Klimawandel, dem Biodiversitätsverlust und der Wüstenbildung gibt es im Ressourcensektor kein globales Regime oder Abkommen, auf das man sich beziehen kann und wo verbindliche Regeln ausgehandelt werden. Es ist bemerkenswert, dass ein solch zentraler Sektor von einem eklatanten Mangel an Regulierung gekennzeichnet ist. Im internationalen Wettlauf um knappere Ressourcen stecken Regierungen der Industrie- und Schwellenländer und Konzerne ihre Claims ab. An internationalen Regeln sind sie wenig interessiert.

Die Nachahmung des nördlichen Produktions- und Zivilisationsmodells findet ihren Niederschlag auch in den weltweiten Essgewohnheiten. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln hat sich weltweit in den letzten Jahren grundlegend geändert. Aufgrund steigender Einkommen konsumiert die globale Mittelklasse in verschiedenen Regionen mehr Fleisch und mehr Weizen (Weißbrot statt Reis). Länder wie Deutschland, die sich auf eine intensive industrielle Tierproduktion spezialisiert haben, importieren riesige Mengen Futtermittel. Die deutsche Viehhaltung nimmt damit gigantische Flächen in verschiedensten Ländern der Welt für den Futtermittelanbau in Beschlag. Sie fehlen dort für die lokale und regionale Ernährungssicherung. Laut einer WWF-Studie hat die EU in den Jahren des vergangenen Jahrzehnts häufig mehr als 30 Millionen Hektar Agrarflächen außerhalb ihrer eigenen Grenzen in Anspruch genommen – und hat so Fläche virtuell importiert. Im Zeitraum von 2008-2010 war Deutschland

mit fast 7 Millionen Hektar am virtuellen Landhandel beteiligt (WWF 2011). Deutschland verfügt über eine landwirtschaftliche Nutzfläche von ca. 17 Millionen Hektar in Deutschland. Durch die virtuelle Landnahme von fast 7 Millionen Hektar werden also nochmals über 40 Prozent dieser eigenen Landflächen außerhalb der EU in Anspruch genommen. Die virtuelle Flächeninanspruchnahme in Deutschland für Soja – einem zentralen Futtermittel – liegt bei ca. zwei Millionen Hektar (WWF 2011: 38). Und es werden weiterhin tropische Wälder für Viehweiden und Sojaflächen abgeholzt.

## **Der Traum von der Trendumkehr**

20 Jahre nach Rio haben wir es mit einer Wirklichkeit zu tun, in der sich die Finanz-, Klima- und Ernährungskrisen wechselseitig verschärfen. Und Millionen Menschen erfahren täglich, dass das Heilsversprechen des Produktions- und Konsummodells nicht für alle gilt und dass sie wohl, auch aus ökologischen Gründen, in Zukunft ausgeschlossen bleiben. Politik und Märkte haben diese Krisen erzeugt, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Menschheit erschüttern. Rio '92 eignet sich daher nicht als nostalgische Projektionsfläche.

Ein weiterer Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro 2012 müsste Schritte für eine Trendumkehr, für eine große Transformation, einleiten. Das wird wohl ein Traum bleiben. Die Themen, die im Juni 2012 in Rio de Janeiro auf der Tagesordnung stehen, sind angesichts der planetarischen Herausforderungen bar jeder Verantwortung. Die Welt braucht keine Trippelschritte. Wenn sich die sogenannten «Sustainable Development Goals», die in Rio+20 auf den Weg gebracht werden sollen, tatsächlich an den harten Fakten wissenschaftlicher Erkenntnisse orientierten und entsprechende Grenzen für Natur- und Ressourcenverbrauch und die Atmosphäre festlegten, dann wäre der Gipfelaufwand gerechtfertigt.

Wer heute allerdings den Begriff der «nachhaltigen Entwicklung» wieder aus der Kiste holt, wie das viele Süd-Regierungen und Nichtregierungsorganisationen tun, will zwar das Anliegen der sozialen Dimension und globale wie innergesellschaftliche Gerechtigkeitsaspekte transportieren. Die Interpretationsbreite des Begriffs, seine willkürliche und vielfältige Verwendung – Entwicklung als Wachstum, nachhaltiges Wachstum – ist jedoch nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Es ist in den letzten Jahren den zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht gelungen, den Begriff schärfer zu fassen und ihn als «Entwicklung der Gerechtigkeit» zu definieren. Ein einstmals emanzipatorischer und systemkritischer Begriff der 1980er Jahre wurde von der Realpolitik und der Wirtschaft sowie den herrschenden Institutionen und Denkweisen absorbiert und mit ihnen genehmen Inhalten und der ein oder anderen Reformoption ausgefüllt. Daran sollten wir uns erinnern, wenn nun «nachhaltige Entwicklung» gegen «grüne Ökonomie», das neue Schlagwort des Rio+20-Prozesses, ausgespielt wird.

# Grüne Ökonomie – das neue Versprechen?

Seit Rio 1992 erlebte die Welt eine Reihe von Finanz- und Wirtschaftskrisen: in Asien (1997/1998), in Argentinien 1998/2001, im März 2000 platzte die Blase der New Economy, und im September 2008 begann mit der Pleite von Lehmann Brothers die größte Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg. Mit der verheerenden Staatsschuldenkrise, in der viele Länder Europas stecken, erreichte die Instabilität der Finanzmärkte einen neuen Höhepunkt. «Hilfspakete», Schutzschirme und Billigkredite der öffentlichen Hand in schwindelerregenden Milliardenhöhen sollen Großbanken und nun auch Staaten vor der Pleite retten. Die Deregulierung der Finanzmärkte erlaubte es den Finanzmarktakteuren, mit immer neuen Finanzmarktprodukten, die jeglicher Kontrolle und Aufsicht entzogen waren (und bis heute teilweise sind), Gewinne in traumhaften Höhen zu machen. Doch die Zustände auf den Finanzmärkten und die verschiedenen Ökologie- und Sozialkrisen haben eine Renaissance der Kapitalismus- und Wachstumskritik hervorgerufen. Der Ruf nach einem anderen ökonomischen Paradigma wird laut, die Forderung nach neuen Wohlstandsmodellen und anderen Lebensstilen sind nicht nur Themen in gesellschaftlichen Nischen oder akademischen Kreisen. Es zeigt sich, dass die Fundamentalkritik am Produktions- und Konsummodell der Industriegesellschaft zunimmt und die Suche nach Alternativen wieder Konjunktur hat.

Zu diesen Grundsatzdiskussionen ist die Debatte um die grüne Ökonomie getreten. Bislang eher von Umweltbewegten und grünen Parteien geführt, wird sie nun als Konzept von der EU, der OECD, einzelnen UN-Organisationen, von Think Tanks, Universitäten und von Teilen der Wirtschaft selbst aufgegriffen. Der Ausgangspunkt aller Überlegungen zur grünen Ökonomie ist der drohende Klimawandel und die Verknappung der Ressourcen («Peak Oil», «Peak Water», «Peak Land»). Die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft – möglichst im Zwei-Grad-Korridor mit massiven Investitionen in die Ressourceneffizienz und erneuerbaren Energien – wird von allen Protagonisten einer grünen Ökonomie als Ziele markiert. Für alle ist «Business as usual» keine Option. Ein Aussage, die sich in den zahllosen Publikationen und Studien rund um die grüne Ökonomie wiederfindet.

Diese erfreulichen Gemeinsamkeiten differenzieren sich allerdings schnell aus. Das zeigt sich schon an den diversen Begriffen, die im Umlauf sind und

bereits für konzeptionelle Verwirrung sorgen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, UNEP, spricht von grüner Ökonomie («Green Economy»), die OECD und die Weltbank mal von umweltverträglichem, mal von grünem Wachstum. Dann ist von einem «Ergrünen der Wirtschaft» die Rede, und der «Green New Deal», 2008 im Kontext der Weltwirtschaftskrise vor allem von UNEP in die Debatte gebracht, um «grünere» Konjunkturpakete anzuregen, hat zwar international an Strahlkraft verloren, ist aber immer noch in der Diskussion, vor allem seitens der deutschen und europäischen Grünen. Zudem werden große technologische Hoffnungen auf die Bioökonomie gesetzt, die den Weg weisen soll von einer erdöl- hin zu einer bio-basierten Wirtschaft. Bioökonomische Strategien werden derzeit seitens der deutschen Bundesregierung und der Obama-Administration in den USA vorangetrieben. Sie vermischen sich hie und da mit dem Anliegen einer grünen Ökonomie, sind jedoch konzeptionell zu unterscheiden. Die Vorschläge von UNEP und OECD verstehen sich explizit als Beiträge für Rio+20. Dort soll auch eine «Green Economy Roadmap», die zum Handeln antreiben soll, verabschiedet werden. «Nachhaltige Entwicklung» – das Schlüsselwort von Rio 1992 – könnte 2012 durch «Green Economy», die grüne Ökonomie, verdrängt werden.

Hinter all diesen Begriffen verbergen sich unterschiedliche Einschätzungen dazu, wie viel Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch der Planet noch vertragen kann und wie viel davon er zur Armutsreduzierung braucht. Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wem die grüne Wirtschaft eigentlich nützen soll. Der wachsenden globalen Mittelklasse? Das McKinsey Global Institute spricht von drei Milliarden Mittelklasse-Konsumenten, die in den nächsten Jahren hinzukommen werden. Bei dieser Betrachtungsweise steht die Furcht, dass wichtige mineralische und natürliche Ressourcen zu schnell zu Ende gehen, im Vordergrund. Die Antwort darauf ist nicht etwa die Änderung der Konsummuster und Lebensstile, kein «Abrüsten» im Ressourcenverbrauch. Die Lösungsformel ist hier die Erhöhung der Produktivität und der Effizienz durch technologische Innovationen, aber auch die Verbesserung der Verfügbarkeit von Ressourcen. Mit grüner Wirtschaft die Armut von über zwei Milliarden Menschen zu überwinden ist eher das Anliegen der Green Economy Initiative von UNEP. Wem soll die grüne Ökonomie zugutekommen? Allen Menschen? Und wie bleiben wir auch mit ihr in den ökologischen Grenzen? Damit stellen sich dann die Fragen nach dem Wie. Auf welchen Wegen? Mit welchen Instrumenten und Maßnahmen?

## **Grüne Ökonomie laut UNEP**

UNEP hat sich als führender Akteur bei der Formulierung des Konzepts einer grünen Ökonomie profiliert – der Report «Towards a Green Economy» umfasst gut 600 Seiten. UNEP definiert grüne Ökonomie als eine Wirtschaft, die zu einem größeren Wohlstand der Menschheit und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt und gleichzeitig ökologische Risiken und Knappheiten verringern bzw. nachhaltig

zu bewirtschaften hilft. Der Report konstatiert, dass alle globalen Probleme einen gemeinsamen Ausgangspunkt haben, nämlich die Fehlallokation von Kapital: Während der letzten zwei Dekaden sei das meiste Kapital in Eigentum, in fossile Energien und in Finanzmarktgüter inklusive Derivate geflossen. Im Vergleich dazu sei wenig in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz, in öffentlichen Transport, nachhaltige Landwirtschaft, Ökosystem- und Biodiversitäts- oder in Wasserschutz gegangen.

UNEP schlägt deshalb zielgerichtete Investitionen in zehn Schlüsselsektoren vor (u. a. Energie, Landwirtschaft, Stadtentwicklung, Wasser, Forstwirtschaft, Fischerei, Ökosystemschutz), die schnell und effektiv den Einstieg in eine grünere und armutsorientierte Entwicklung bringen sollen, und belegt das eindrucksvoll mit Fakten und Modell-Berechnungen. Mit jährlich zwei Prozent der derzeit globalen Wirtschaftsleistung (dies entspricht ca. 1,3 Billionen US-Dollar) sollen diese Investitionen finanziert werden. UNEP glaubt, dass diese Summe für einen wirkungsvollen Antrieb für eine kohlenstoffärmere und ressourceneffizientere Weltwirtschaft ausreicht. UNEP bleibt hier seinem Mandat, ein Programm zu sein, treu und belässt es eher bei ökonomischen Nischen, statt nach Ansatzpunkten für strukturelle Veränderungen zu suchen, die zum Beispiel ein Moratorium zur Erschließung neuer Erdöl- und Gasfelder bringen könnten. Handelsregeln sollen ökologische Produkte auf dem Weltmarkt begünstigen helfen. Ja, das verlangt auch UNEP. Wie Handelsregeln ausgestaltet sein müssten, um insgesamt die Weltwirtschaft zu dekarbonisieren und ressourceneffizienter zu machen, dazu finden sich bei UNEP wenig Denkanstöße. Am weitesten gehen die Vorschläge für eine ökologische Landwirtschaft und umweltverträgliche Stadtentwicklung. Die Streichung ökologisch und sozial schädlicher Subventionen im Agrar- und Verkehrsbereich sowie für Kohle und Öl ist eine der wirkungsvollsten und breitenwirksamen Forderungen UNEPs. Den Staat sieht es als wichtigen Regelsetzer; ohne klare gesetzliche Vorgaben und einen staatlichen Ordnungsrahmen lässt sich grüne Ökonomie nicht durchsetzen.

## **Monetarisierung der Natur – Ausweg aus der Ökosystemkrise?**

Einer der Kampfbegriffe der Debatten im Umfeld von Rio+20 lautet «Monetarisierung der Natur». Für Pablo Solon, ehemaliger Botschafter Boliviens bei der UN und einflussreicher Intellektueller in Lateinamerika, zielt die grüne Ökonomie in ihrem Kern auf eine neue Qualität der Merkantilisierung der Natur. «Nicht nur Material der Natur soll vermarktet werden, sondern Prozesse und Funktionen der Natur. So soll in Zukunft nicht nur das Holz der Wälder, sondern auch deren Potenzial, CO<sub>2</sub> zu binden, vermarktet werden».

UNEP ist in der Tat seit Jahren federführend in der Debatte um die Neubewertung von Natur, inklusive marktbasierter Instrumente beim Ökosystemschutz. Ob beim Walschutz oder der Biodiversität insgesamt: UNEP will Ökosysteme schützen, indem sie deren Dienstleistungen für die Menschheit und die direkt von ihnen lebenden Menschen wertschätzt (und beispielsweise in die

Berechnungen der Bruttosozialprodukts einbeziehen will). UNEP will den Ökosystemdienstleistungen aber auch ökonomischen Markt-Wert geben und nachhaltig in sie investieren: «Eine grüne Ökonomie erkennt den Wert der Natur an und investiert in Naturkapital». Die sogenannten Ökosystemdienstleistungen sind aus UNEP-Sicht ein ökonomisch völlig unterbewerteter Wirtschaftsfaktor: «Diese sogenannten Ökosystemdienstleistungen finden sich meistens in der Natur öffentlicher Güter und Dienstleistungen, deren wirtschaftliche Unsichtbarkeit bis heute ein Hauptgrund für ihre Unterbewertung, Missmanagement und letztlich Verlust war» (UNEP 2011: 22). Dieses «Naturkapital» gelte es für die grüne Wirtschaft zu heben. Es ist die schon etwas ältere Idee, dass der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt besser gelingt, wenn deren Nutzung etwas kostet. Mit dem Emissionshandel oder dem Clean Development Mechanismus wurde längst die Ökonomisierung des Klimaschutzes eingeleitet, während es gleichzeitig – mit Ausnahme Europas – keine Politik der Emissionsreduktionen gibt.

Weil die öffentlichen Kassen nach den Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre ohnehin leer sind, brauche es zudem weitere marktwirtschaftliche Anreize für den Privatsektor, um in den Umwelterhalt zu investieren. So gilt REDD («Reducing Emissions from Deforestation and Degradation», also die Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern) seit den Klimaverhandlungen in Bali 2007 als ein vielversprechendes Instrument im globalen Waldschutz. Für UNEP ist es eine einzigartige Gelegenheit, nicht-nachhaltige Waldnutzung (Abholzungen für Holzhandel und Viehzucht) in grüne Nutzung umzuwandeln, indem die Ökodienstleistungen (Bodenerhalt, Wasserhaushalt, Artenvielfalt) in den Vordergrund gerückt und für sie bezahlt werden.

Den Schutz der Natur zu einer Gewinnquelle zu machen, diese Aussicht elektrisiert Ökonomen wie Naturschützer und erweckt verständliche Hoffnungen: «Ein entscheidender Schlüssel zur Zukunftssicherung wäre, endlich die ökologischen Leistungen und insbesondere die Leistungen der natürlichen Ökosysteme in Wert zu setzen, also in unser Preissystem einzubeziehen» (Succow 2009).

Aber was genau soll das bedeuten: «Ökosysteme in Wert setzen»? Nicht alle Monetarisierungen führen gleich zur Vermarktung der Natur. Eine – wenn auch nur annähernde – Bestimmung von monetären Größen ist zum Beispiel wichtig, um Schäden zu messen. Welche Strafen sollen die Betreiber der Deepwater Horizon für die Schäden an Ökosystemen der Tiefsee im Golf von Mexiko zahlen? Welchen Schaden richtet ein Schiff an, das ein Korallenriff durchpflügt? Und sicherlich ergibt es auch Sinn abzuwägen, ob etwa die Investitionen in Wasseraufbereitung oder aber in den Schutz von Quellgebieten teurer sind. Der Natur einen Preis geben – dass soll laut TEEB (The Economy of Ecosystems and Biodiversity), eine Initiative unter Federführung von UNEP, Politiker/innen und Unternehmer/innen bei Entscheidungen helfen, und zwar in einer Sprache, die sie verstehen. Unternehmen sollen Risiken besser erkennen, Politikinnen und Politiker versteckte Kosten und langfristige Folgen ihres Handelns wahrnehmen.

Die Befürworter der Ökonomisierung der Natur verlieren kaum einen Gedanken an den sozialen Kontext, in dem «Ökosystemdienstleistungen» erbracht werden, ja solche Begriffe verschleiern geradezu die sozialen Zusammenhänge. Denn es ist ja nicht die fleißige Natur, die für ihre Dienstleistungen bezahlt werden soll, sondern deren Besitzer. Aber eine Vielzahl der letzten erhaltenen Ökosysteme befindet sich in Gebieten von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften. Deren traditionellen Eigentumsrechte werden durch neue Marktinstrumente gefährdet. Die schärfste Kritik am UNEP-Konzept hebt hervor, dass natürliche Ressourcen merkantilisiert werden, um sie für die Privatwirtschaft attraktiv zu machen und sie so der kommerziellen Ausbeutung preiszugeben. Als neue Etappe der Privatisierung und Kommerzialisierung der Natur wird die Inwertsetzung der sogenannten Ökosystemdienstleistungen heftig angegriffen. Statt Ressourcen gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung gegen kommerzielle Interessen zu schützen, so der Vorwurf, würde Natur in Ware umgewandelt und nicht selten die lokale Bevölkerung vertrieben.

Noch relativ wenig beachtet ist die Tendenz, alle Arten von Ressourcen in handelbare Güter zu verwandeln und so auch Böden, Wasser, Wälder noch mehr in monetäre Kreisläufe einzubinden und ihren Warenwert über Finanzmarktinstrumente und Produkte wie Derivate auf den globalen Finanzmärkten zu handeln. Auf der Suche nach neuen Geldanlagemöglichkeiten sind es nicht nur die Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkte, sondern auch Boden und Wald und insbesondere deren Fähigkeiten, CO<sub>2</sub> zu speichern, die für die Renditesuche attraktiv gemacht werden sollen. Die monetäre Bewertung von sogenannten Ökosystemdienstleistungen oder der ökologischen Kosten des Klimawandels (z. B. über den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel) oder des Verlustes der Biodiversität öffnet der Finanzialisierung des Naturkapitals Tür und Tor. «Klima- und Umweltpolitik werden mit Finanzspekulation kompatibel gemacht», so die Analyse von Elmar Altvater (2012). Da es sich um eine regelrechte Finanzialisierungswelle handelt, braucht es zu der offensiv von UNEP betriebenen «Economics of Ecosystems and Biodiversity» eine ausführliche und differenzierte Debatte – differenziert deshalb, weil es für die Suche nach Lösungen aus der Klima-, Ressourcen- und Armutskrise wenig nutzt, gleich alle Ansätze zur grünen Ökonomie und alle marktbasierten Instrumente in Bausch und Bogen als «Greenwashing», als grüner Kapitalismus oder Wolf im grünen Schafspelz abzutun, wie das im Vorfeld der Rio-Konferenz immer lauter zu hören ist.

## **Grünes Wachstum laut OECD**

Die OECD, der Zusammenschluss der Industrieländer (inklusive Mexiko und Südkorea), diskutiert seit 2009 über eine grüner ausgerichtete Wachstumsstrategie. Im Mai 2011 legte sie das Konzept dafür vor: *Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum*. Ausgangspunkt der OECD-Überlegungen ist das Risiko des Klimawandels und die Sorge um die drastische Verringerung von manchen Rohstoffen sowie um den ungebremsten Verlust der biologischen Vielfalt, der

Überfischung, der Verknappung von Wasser und Boden. «Wir brauchen ein umweltverträgliches Wachstum, weil die Risiken für die Entwicklung stetig zunehmen, wenn das Wirtschaftswachstum weiter am Naturkapital zehrt», heißt es im OECD-Bericht (OECD 2011a: 4). Neue Wachstumsquellen sollen durch die Steigerung der Produktivität (Effizienz beim Energieverbrauch und der Ressourcennutzung), durch Innovationen (neue Formen der Wertschöpfung zur Bewältigung von Umweltproblemen) und neue Märkte (Nachfrageankurbelung umweltfreundlicher Technologien, Produkte und Dienstleistungen) erschlossen werden. Die Strategie für umweltverträgliches Wachstum soll wie eine Linse wirken, «durch die das Wachstum betrachtet» wird, und verhindern, «dass kritische Umweltgrenzwerte auf lokaler, regionaler und globaler Ebene überschritten werden» (OECD 2011a: 8). Durch Innovationen könne diese Grenze immer weiter hinausgeschoben werden und so dazu beitragen, «Wirtschaftswachstum vom Verbrauch von Naturkapital zu entkoppeln» (OECD 2011a: 12). Investitionen zur effizienteren Nutzung des Naturkapitals werden deshalb als essentiell betrachtet, um die Rohstoff- und Ressourceninputs für die Ökonomie zu sichern. Die Internalisierung von Umweltkosten wird als Anreiz zur Innovation befürwortet (z. B. Preis für CO<sub>2</sub> auf hohem Niveau), umweltschädlicher Subventionsabbau ebenso. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und Umwelttechnologien wird viele neue Millionen Arbeitsplätze schaffen – im Bereich der erneuerbaren Energieerzeugung und -verteilung schätzt die OECD, dass bis 2030 bis zu 20 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden können (OECD 2011a: 19).

Manches an dieser umweltverträglichen Wachstumsstrategie ist bemerkenswert, insbesondere der Ruf nach konsequenterer Internalisierung der Umweltkosten oder die Anmerkung, dass marktbasierende Instrumente «nicht in allen Situationen die optimale Lösung» sind, «in manchen Fällen können gut konzipierte Vorschriften [...] ein geeigneteres Instrument oder auch eine wichtige Ergänzung zu marktbasierenden Instrumenten darstellen» (OECD 2011a: 11). Das gute ordoliberalen Prinzip der Rahmenbedingungen, die Vertrauen, Sicherheit und Planbarkeit schaffen, findet sich, wie zu erwarten war, in der OECD-Strategie wieder. Wenn, wie geplant, diese Strategie nun in die OECD-Länderberichte Eingang finden und weitere sektorbezogene Studien mehr Präzision bringen sollen, dann ist das ein Fortschritt gegenüber der blanken «Wachstum-über-alles»-Strategie.

Passend zur OECD-Strategie hat im November 2011 das McKinsey Global Institute ein Papier zur Ressourcenrevolution vorgelegt. Auch hier steht die Warnung im Mittelpunkt, dass die Verknappung der Ressourcen a) zu massiv höheren und außerdem volatilen Preisen führt und b) wichtige Produktionsfaktoren auch ganz ausfallen könnten. Die ausschließliche Antwort ist: Produktivität, Effizienz, Innovationen und Investitionen in Billionenhöhe vor allem in das «Ressourcensystem», um zukünftige Ressourcennachfrage zu sichern. Den «Challenges», also hohe Kosten für Energie und Rohstoffe, werden die vielfältigen ökonomischen «Opportunities», die der Wirtschaft das Leuchten ins Gesicht treiben sollen, gegenübergestellt.

## Bioökonomie – der Aufstieg der Bio-Master

Bioökonomie – das ist ein relativ neuer Begriff, der immer häufiger auftaucht und nicht selten mit der Debatte um die grüne Ökonomie vermennt wird. Bei der Bioökonomie geht es ebenfalls um technologische Innovation für mehr Effizienz und die Nutzung natürlicher Ressourcen für die Ernährung, Energie, Pharmazie und chemische Produktion.

Die «Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030» der Bundesregierung strebt eine am natürlichen Stoffkreislauf orientierte bio-basierte Wirtschaft an, die mit Technologie und Ökologie im Einklang stehen soll und als wissenschaftsbasierte Bioökonomie biologische Vorgänge nutzt – von der Ebene der Gene bis zum Ökosystem. Die Bausteine und Baupläne von biologischen Systemen sollen in ihrer Komplexität besser verstanden und «zum Vorteil von Mensch und Umwelt» technisch noch besser genutzt werden (Bundesministerium für Bildung und Forschung 2010). Bioökonomie hat zum Ziel, diese technisch weiter zu entwickeln und sie damit leistungsfähiger sowie «nachhaltiger» zu machen. Dabei sollen wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Belange gleichermaßen berücksichtigt und Wertschöpfungsketten in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Ziel ist es von einer erdölbasierten zu einer biobasierten Wirtschaft zu kommen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie, der Biotechnologiefirmen, der mittelständisch strukturierten und transnational operierenden Saatgutfirmen und Pflanzenzüchtern soll erhalten und ausgebaut werden. Die öffentliche deutsche Forschungsförderung wird für den bioökonomischen Sektor massiv ausgebaut, um technologische Innovationsimpulse auszulösen.

Auch das Weiße Haus in Washington hat einen «National Bioeconomy Blueprint» vorgelegt (April 2012). Er setzt den Bericht des Nationalen Wissenschaftsrats von 2009, *Eine neue Biologie für das 21. Jahrhundert*, fort und hebt die technologischen Innovationspotenziale biologischer Wissenschaft für die Zukunft der Gesundheit und Ernährung hervor und unterstreicht wie wichtig Forschung ist, um die USA aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu befreien und neue, erdölungebundene Güter zu produzieren. Auch im US-Strategieprogramm steht die Forschung für die Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. Finanzen für die Forschung und Investitionen für die Zukunftstechnologien müssen gebündelt und in neuen Größenordnungen dafür mobilisiert werden, u.a. durch «Private Public Partnerships» und durch ein gesetzliches Rahmenwerk, das ein gutes Umfeld für den Markt schafft (z.B. Eigentumsrechte durch Patente etc. sichern). Die Einnahmen der USA aus den diversen Biotechnologien (ohne Landwirtschaft) werden in 2010 schon auf 100 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das hohe Wachstum der US-amerikanischen Bioökonomie wird u.a. auf die vielfältigen Möglichkeiten der Biotechnologien und der Gentechnik sowie die DNA-Sequenzierung zurückgeführt. Synthetische Biologie, also die direkte Veränderung und Nutzung von Mikroben und Pflanzen, die Veränderung von Proteinen in

Organismen und der Zugang und das Management wichtiger Bioinformationen, gelten als die wichtigsten Handlungsfelder der Zukunft.

Wer sind die Bio-Masters von morgen? Das fragt angesichts dieser Entwicklungen rund um die grüne Ökonomie, vor allem aber in den Bio-Wissenschaften und der Bioökonomie die internationale Nichtregierungsorganisation ETC Group, die sich seit Jahren mit den Geschäftsstrategien der großen Energie-, Chemie-, Pharma- und Nahrungsmittelmultis auseinandersetzt. Die Rolle, die fossile Energien in der Industrialisierung der letzten 200 Jahre gespielt haben, schreiben sie im 21. Jahrhundert der Biologie zu. Die Kontrolle der sogenannten grünen Energien und der wichtigsten Nahrungsmittelpflanzen über Hohertragsorten oder genetisch verändertes Saatgut prägen die Geschäftspolitiken großer Firmen wie Monsanto, Procter & Gamble, Chevron, BASF. Big Energy, BIG Pharma, Big Food, Big Chemical gehen immer neue Allianzen untereinander ein und bilden neue Technologieplattformen – so die Recherchen von ETC Group. Das Interesse an jeder Form von Leben und Biomasse ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen – von A wie Alge bis Z wie Zuckerrübe. Alles ist von Interesse für neue industrielle Produkte, die die Abhängigkeit der Chemie von Erdöl reduzieren und später ganz kompensieren sollen und die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen. Synthetische DNA zu gewinnen, das ist die Essenz der synthetischen Biologie; sie gilt als der große Wachstumsmarkt der Zukunft.

Die strategische Kontrolle ganzer Wertschöpfungsketten – von genetischen und technischen Informationen, von Produktionsverfahren und von Produktionsfaktoren wie Energie, Biomasse, Wasser und Land – sind bei diesen technologischen Innovationen das Ziel einiger weniger großer transnationaler Unternehmen in den USA, Europa, Japan, China und anderen asiatischen Ökonomien. Hier zeichnet sich – wenn politisch nicht gegengesteuert wird – eine alarmierende Machtkonzentration ab, wie im Nahrungsmittelsektor zu beobachten ist. Auch der Großteil der Produktion und Vermarktung von Nahrungsmitteln wird durch einige wenige Agrarkonzerne und die Agrarindustrie kontrolliert. Die Produktion von Düngemitteln, Pestiziden, Saatgut und genetisch verändertem Saatgut befindet sich überwiegend in einer Hand – und zwar derer, die den globalen Nahrungsmittelmarkt kontrollieren.

Sich diese Marktmacht abzusichern ist Ziel der mächtigen Saatgut-, Düngemittel und Pestizid-Lobby. Sie nehmen mehr und mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, überall auf der Welt. Deshalb gehört der Zugang der sogenannten geistigen Eigentumsrechte zum Repertoire von Wirtschaftsverhandlungen und von unzähligen bilateralen Handelsabkommen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Kleinbauern und -bäuerinnen, aber auch ländliche Arbeiter und Arbeiterinnen haben selten die Macht, sich gegen die Bedingungen der globalen Konzerne zu wehren. Starke Bauernorganisationen, die im Interesse kleiner Landwirte handeln, fehlen, ebenso Gewerkschaften, die die Rechte der ländlichen Arbeitnehmer/innen vertreten.

Diese Machtkonzentration ist leider in keinster Weise auf der politischen Tagesordnung. Es gibt nicht einmal ein entsprechendes Problembewusstsein

in der Politik und fast gar nicht in der Öffentlichkeit. Aus der Machtkonzentration großer Finanzmarktakteure und sogenannter systemischer Banken, die daraus politisches Erpresserkapital geschlagen haben («Too big to fail»), werden keine politischen Lehren gezogen. Im Gegenteil: Im globalen Wettbewerb geht es darum, sich mit bioökonomischen und grünen Innovationen schnell und strategisch zu positionieren. Hier helfen Regierungen den großen und transnational positionierten Konzernen und mittelständischen Firmen mit forschungs-, finanzpolitischen Anreizen und Programmen und stützen über die Sicherung von Eigentumsrechten (von Land bis Patenten), diesen privatwirtschaftlichen Run auf alle Arten von Ressourcen und den Code des Lebens selbst.

Technologieinnovationen und Effizienz werden uns auch in Zukunft den Weg in eine ressourceneffizientere Wirtschaft weisen und die ökologischen Grenzen hinausschieben helfen. Alle Konzepte einer grünen Ökonomie oder der neuen Bioökonomie müssen sich aber den Fragen stellen: Technologien und Innovationen ja, aber für wen? Wer kontrolliert sie? Mit welchen sozialen und ökologischen Folgen? Reichen sie hin oder sind sie nur Vermeidungs- und Verzögerungsstrategie für die überfällige Trendumkehr für eine «Politik des Weniger»? Diese Fragen werden zu recht zu einem immer heftiger umkämpften Thema zwischen Regierungen und Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Keines der Konzepte zur grünen Ökonomie – von OECD bis UNEP – geht jedoch auf Macht- und Verteilungsfragen ein. Sie werden einfach ausgespart. Alle neuen Initiativen und Programme finden für sie offensichtlich in einem macht- und interessensfreien Raum statt. Die Rolle des Staates als Rahmen setzende Institution, die ökoschädliche Subventionen abbauen, gesetzliche Standards formulieren oder umweltverträgliche Industriepolitik und allen voran Forschungspolitik betreiben soll, all das wird befürwortet – von der UNEP ausdrücklicher als von Seiten der OECD. Drastische ordnungspolitische Vorgaben zur Begrenzung des Energie- und Naturverbrauchs (sogenannte Caps, großräumiger Naturschutz, Verbote von Rohstofferschließung in sensiblen Ökosystemen wie Arktis oder Tiefsee) finden kaum noch als Politikoption statt. Grenzen zu setzen, das kommt als Priorität oder gar als Voraussetzung in der Vorstellungswelt der Protagonisten der grünen Ökonomie nur wenig vor.

## **Technologie und Effizienz als Allheilmittel**

In jeder Transformationsstrategie und in allen grünen Ökonomiekonzepten nehmen technologische Innovationen die prominenteste Stelle ein. Sie sollen die Produktivität des Ressourcenverbrauchs erhöhen und die Substitution von knappen Ressourcen ermöglichen. Ausgeblendet werden tatsächliche und potenzielle negative soziale und ökologische Effekte, insbesondere von großtechnischen Lösungen. Nicht alles, was als Beitrag zum Kampf gegen Klimawandel gilt – Ozeandüngung, gigantische Spiegel im Weltall, Atomkraft, Großstaudämme –, ist sozial- und ökologisch verträglich. Gleiches gilt für die Gentechnik, die die Ernährungskrise überwinden helfen soll. Die Folgen solcher Technologien auf

Menschen und Umwelt werden leider nicht mit der entsprechenden Sorgfalt erhoben und politisch abgewogen. Die Folgen von Technologien in allen Dimensionen abzuschätzen gehört deshalb dringlich auf die politische Agenda. Die nationale Ebene reicht hier im Lichte der globalen ökonomischen Verzahnungen schon lange nicht mehr. Rio+20 könnte hier eine Initiative für Technologiefolgenabschätzung auf UN-Ebene auf den Weg bringen.

Ressourcen- und Effizienzrevolution, das ist derzeit ein fast verabsolutiertes Mantra. Auf der absoluten Entkoppelung des Bruttoinlandprodukts (BIP) vom Ressourcenverbrauch liegt die größte Hoffnung; sie ist Teil des Glaubensbekenntnisses, die ökologische und die Ernährungskrise mit Technologie zu stemmen. Entkoppelung ist unbedingt notwendig, die absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs ist dringend erforderlich. Die Frage ist nur: Wie lässt sie sich erreichen?

*Die erste Antwort lautet Effizienz* – durch einen effizienteren Umgang mit Energie und Stoffen. Über 90 Prozent aller Materialien und Energien, die zur Herstellung von Gebrauchsgütern mobilisiert werden, sind verbraucht, noch bevor das Produkt fertig ist – Abraum im Bergbau, Abwärme aus Kraftwerken, Bodenverlust im mechanisierten Landbau, Abfälle in der Verarbeitung von Holz oder Metallen, Getreide in der Tierproduktion, Wasser bei der Metallveredelung oder Transportaufwand in der Treibstoffversorgung. Je geringer der Ressourcenaufwand, umso höher ist die Öko-Effizienz einer Ökonomie. Über andere Technik, Verfahren und Produkte, die den Verbrauch von Energie und Materialien drastisch absenken, lässt sich eine Menge erreichen. Wenn die Politik unterstützend eingreift, zum Beispiel durch gesetzliche Regeln, durch Subventionsabbau für fossile Produkte oder durch Effizienzstandards für Häuser, Maschinen und Geräte, dann ist in jeder Effizienzstrategie sehr viel Musik drin.

Allerdings gilt es, den Rebound-Effekt zu beachten. Das ist der Effekt, der sich einstellt, wenn über eine Effizienzverbesserung andere ressourcenintensive Aktivitäten möglich werden und so den Einspar- oder Effizienzeffekt wieder zunichte machen. Dafür gibt es einige berüchtigte Beispiele: der Gewinn effizienterer Heizungen, der durch eine größere Wohnfläche wieder kompensiert wird; der Gewinn effizienterer Automotoren, der durch Gewicht und Geschwindigkeit wieder aufgeessen wird; der Gewinn effizienterer Produktionsstraßen, der durch Expansion und Fertigungstiefe wieder wettgemacht wird. Ganz besonders betrifft es die sogenannten Win-win-Situationen, die ökologischen Gewinn mit ökonomischem Gewinn versprechen: die haben den Rebound-Effekt durch höheren finanziellen Gewinn sozusagen mit eingebaut. Übrigens sind gerade die Schwellenländer vom Rebound-Effekt betroffen, denn sie starten mit relativ niedriger Ausstattung an Geräten und Maschinen.

Dennoch wird die Effizienzrevolution als *das* Allheilmittel gepriesen, obwohl neuere Forschungen belegen, dass die verschiedenen Rebound-Effekte – finanzielle, materielle und quantitative sowie psychologische – das Erreichen des Ziels, den Naturverbrauch in den ökologischen Grenzen zu halten, verhindern werden. Bis heute – so ein Gutachten vom Dezember 2011 für die Enquete-Kommission

«Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des deutschen Bundestags –, gibt es «fast keine gesamtwirtschaftlichen Analysen zur kausalen Wirkung der Effizienz auf den Ressourcenverbrauch». Und weiter: «Bei der Entkoppelungsstrategie musste vor allem konstatiert werden, dass, obwohl bei einigen Ressourcen der Verbrauch weniger schnell stieg als das BIP (*relative* Entkoppelung), so gut wie nirgends eine absolute Abnahme des Ressourcenverbrauchs (*absolute* Entkoppelung) stattfindet» (Madlener und Alcott 2011). Die Schlussfolgerung: Ein rationaler Umgang muss von einer Mäßigung der Ziele begleitet werden; ohne Suffizienz-Revolution wird die Effizienzrevolution richtungsblind sein.

*Die zweite Antwort lautet Konsistenz* – durch einen Wechsel zu naturverträglicheren Technologien. In den ausgefeilteren Konzepten zu einer grünen Wirtschaft wird, ohne die Effizienzstrategie zu vergessen, hohen Wert auf die Konsistenzstrategie gelegt, das heißt auf die Vereinbarkeit von Industrie und Natur. Wie kann man die Natur benutzen, ohne sie zu zerstören? Die Techniken vor-fossiler Art können Hinweise geben: die Dreifelderwirtschaft, die Holzbauweise, die Windmühlen, die Segelschiffe. Sie folgen immer einer ähnlichen Logik. Der Mensch hat sich den Naturströmen anzupassen, bevor er sie zum eigenen Nutzen lenkt und bewirtschaftet. Aber heute, in post-fossilen Zeiten, steht ein anderes Arsenal von Techniken zur Verfügung. Biotechnologie und Informatik, Bionik und Ingenieurskunst können nach derselben Logik verfahren: die Natur klug zu nutzen, ohne ihre Regenerationskräfte zu schmälern. Die erneuerbaren Energien sind das prominenteste Beispiel einer solchen Strategie, ökologischer Landbau ist ein anderes. Wind, Sonne, Erdwärme und ebenso Mikroben und Nährstoffe sind alles Naturströme, die im Prinzip zum Nutzen des Menschen angezapft und dabei nicht zerstört werden. Die Konsistenzstrategie hat gegenüber der Effizienzstrategie den entscheidenden Vorteil, dass die Richtung der technischen Entwicklung nachhaltig ist, während Effizienzstrategien in eine falsche Richtung führen können.

Jedoch stößt die Konsistenzstrategie bei massenhafter Anwendung schnell an ihre Grenzen. Denn auch erneuerbare Energien und Materialien sind nicht grenzenlos verfügbar; insbesondere die Bodenfläche für Bioenergie und Biomasse insgesamt lässt sich kaum ausweiten, ohne Nahrungsproduktion und Naturschutz zu gefährden. Wir wissen längst, dass eine knappe Ressource nicht ohne weiteres durch eine andere zu ersetzen ist. Weltweit ist zum Beispiel das verfügbare Ackerland pro Person in den letzten Jahrzehnten von 0,45 ha auf weniger als 0,25 ha gesunken. Mehr noch: Je mehr Technik sich in Naturzyklen integriert, desto mehr wirken deren Rhythmen und Kapazitäten als eine Bremse für übersteigerte Leistungserwartungen, es sei denn um den Preis, wiederum fossile Energiequellen einzusetzen. Sowohl die Effizienz- wie die Konsistenzstrategie verfehlen ihr Ziel, wenn nicht das Prinzip der Suffizienz – Wohlstand mit Maß statt ungezügelter Maßlosigkeit – an ihre Seite tritt. In allen grünen Ökonomiekonzepten kommt sie jedoch gar nicht vor.

## Ein weißer Fleck: die Menschenrechte

Politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte haben in all den Szenarien der grünen Ökonomie oder der Bioökonomie keinen oder wenig Platz. Es wiegt deshalb umso schwerer, dass die grünen Ökonomiekonzepte (außer mit Blick auf die Arbeitsplatzeffekte) so gut wie gar nicht die Menschenrechtsdimension, Verteilungsfragen und demokratische Teilhaberechte als wesentliche Elemente einer grünen Ökonomie einbeziehen. Von einer UN-Einheit wie dem UN-Umweltprogramm müsste man erwarten dürfen, ein Konzept zu grüner Ökonomie mit den wichtigsten Normen und Parametern des Umweltvölkerrechts und der Menschenrechte zu verbinden. Wer sonst soll die neuen im Völkerrecht verankerten Prinzipien, Rechte und Normen (Verursacherprinzip, Vorsorgeprinzip, Recht auf Wasser, Recht auf Nahrung,) zusammenbringen, wenn nicht die UNO? Der schlichte Verweis auf die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit reicht hier längst nicht mehr aus. Die soziale Dimension wird fast ausschließlich im Kontext des Arbeitsmarkts und der potenziellen Armutsminderung gesehen. Soziale und politische Rechte umfassen aber weit mehr. Sie müssen verbindlich von Staaten durchgesetzt und von den Unternehmen umgesetzt werden. Grüne Ökonomie braucht einen klaren sozialen Kompass mit Verteilungspolitiken zugunsten der breiten Bevölkerung und der unteren Fünftel der Armen in jeder Gesellschaft sowie zugunsten der Armen und Ärmsten in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die demokratische Kontrolle und gesellschaftliche Mitsprache als Grundlage ökonomischen Handelns sind blinde Flecken. Keines der Konzepte – von UNEP bis OECD – leistet das angemessen bzw. ansatzweise.

Die unheilige Allianz zwischen Regierungen der Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländer trifft sich leider auch in dieser Frage: Menschenrechte und demokratische Prinzipien bleiben zu häufig auf der Strecke, wenn es darum geht, die Interessen wirtschaftsmächtiger Lobbys und nationalstaatliche Interessen zu verteidigen. Der Norden interessiert sich zum Beispiel nicht allzu sehr für die täglichen menschenrechtlichen Folgen des Klimawandels oder die sozialen Folgen von bilateralen Handelsabkommen – sofern sie nicht im eigenen Land auftreten. Und die Schwellen- und Entwicklungsländer (gemeinsam mit manchem Unternehmen aus dem Norden) haben noch immer zu wenig Interesse an Sozialstandards und Arbeitsrechten und an demokratischer Teilhabe ihrer Bevölkerungen. Deshalb werden über politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte in Rio auch nicht viele Worte verloren werden.

Die Basisformel einer menschenrechtlichen Perspektive könnte so lauten: Überleben geht vor Besserleben. Die allgemeinen Menschenrechte genießen Priorität gegenüber höherem Lebensstandard – und zwar im Norden wie im Süden. Die Umwelt- und Ressourcenpolitik in Zeiten umfassender Knappheiten entscheidet auch darüber, wer welchen Anteil am globalen Umweltraum bekommt. Dieser Raum ist heute dramatisch ungleich verteilt. Für die marginalisierte Mehrheitsbevölkerung der Erde bleibt ohne eine ressourcen- und klimarechte Verteilung immer weniger übrig, je mehr der Verbrauch von Ressourcen

oder die Belastung der Atmosphäre sich den Grenzen der Tragfähigkeit nähert. Eine kosmopolitisch angelegte Ressourcen- und Umweltpolitik wird daher den Rückbau des Ressourcenverbrauchs in den Industrieländern betreiben müssen, um den Grundbedürfnissen Vorrang zu geben. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung hängt vom direkten Zugang zur Natur ab. Sie leben oft von Ökosystemen, also Savannen, Wäldern, Flüssen, Seen, Feldern, Küstenzonen, auf deren Ressourcen staatliche und private Unternehmen ein noch größeres Begehren werfen. Natur- und Kulturräume gehen beinahe Tag für Tag unwiederbringlich verloren. Das wird sich erst dann ändern, wenn die Nachfrage nach Naturressourcen entscheidend zurückgebaut ist. Dann wird sich z. B. die Suche nach Erdöl und Teersanden im Urwald nicht mehr lohnen. Erst wenn der Hunger nach Rindersteaks zurückgeht, muss nicht noch mehr Boden für Weiden- und Futtermittelanbau vereinnahmt werden. Kurz gesagt: Ressourcenleichte Produktions- und Konsummuster sind die Basis für eine menschenrechtsfähige Welt-Ressourcenwirtschaft.

Alle Konzepte rund um die grüne Ökonomie stellen die Wirtschaft in den Mittelpunkt aller Debatten zur Zukunftsfähigkeit. Wir werden den Planeten nur *mit* der Ökonomie, nicht gegen sie retten. Der Homo oeconomicus erneut im Zentrum aller Lösungen? Wer nach Gesellschaftsmodellen sucht, die Menschenrechte, Gerechtigkeit, kulturelle Vielfalt und demokratische Teilhabe als Grundprinzipien akzeptieren und gleichzeitig in den ökologischen Grenzen bleiben will, der muss nichts Geringeres, als die Moderne neu erfinden.

# Konturen einer maßvollen Wirtschaft

Man mag es drehen und wenden wie man will, eine ökologische Ökonomie muss eine Antwort auf die Maßlosigkeit finden, das mit der industriellen Wirtschaftsweise in die Welt gekommen ist. Zu groß ist die fossile Ökonomie in Beziehung auf die Natur geworden, so dass sie die Biosphäre in die Knie zwingt. Was für die physische Größe gilt, kann freilich nicht ohne Folgen für die soziale Größe des Wirtschaftssystems bleiben: so wie ein neues Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und natürlicher Welt nötig ist, ist auch ein neues Gleichgewicht zwischen der Wirtschaft und der sozialen Welt zu finden. Es ist schwer vorstellbar, dass physische Obergrenzen im Ressourcenfluss einer Wirtschaft eingehalten werden können, ohne soziale Grenzen für die Expansion des Wirtschaftssystems in Betracht zu ziehen. Man kann nicht aus der fossilen Welt aussteigen, aber gleichzeitig die mentale Welt unangetastet lassen. Die Technik muss in der Sozialkultur ihre Entsprechung haben, und das gilt genauso umgekehrt. Kurz gesagt: Ohne eine maßvolle Wirtschaft wird es keine grüne Ökonomie geben.

Im Jahr 1992 gab es auf der Rio-Konferenz wenigstens die Ahnung einer Gesellschaftsreform, die mit der Entlastung der Natur verbunden ist. Unter dem Schlagwort «nachhaltige Produktions- und Konsummuster» hatte damals die Agenda 21 gefordert, weltweit auf einen Wirtschaftsstil hinzuarbeiten, der alle Länder, reiche wie arme, einschließen kann, ohne die Biosphäre in den Ruin zu treiben. Jetzt indessen wird in der grünen Ökonomie die Aufmerksamkeit auf die Einführung nachhaltiger Produktionsmuster gelenkt, die effizient wie naturverträglich sind, doch die Veränderung der Konsummuster bei den globalen Mittel- und Oberklassen bleibt draußen vor. Keine Rede ist mehr davon, wie sehr der raumgreifende, materialintensive Lebensstil auf der Seite der Wohlhabenden dieser Welt der Nachhaltigkeit im Wege steht. Wenn in den Konzepten von der grünen Ökonomie die soziale Ungleichheit auf dem Globus überhaupt eine Erwähnung findet, dann wird sogleich an die Bekämpfung der Armut gedacht. Den Armen die Wälder und die Fische und die Weiden und die Äckern zu lassen wie sie auch von Bergwerken und Ölförderung zu verschonen – so weit so gut. Aber kann man die Aufgabe der Armutslinderung von einer Reichtumslinderung trennen?

## Ökonomie des Genug

Grüne Ökonomie, so wie wir sie verstehen, muss neben all den technischen Innovationen die Kunst des Unterlassens pflegen. Zu viele Güter, zu große Geschwindigkeiten, zu weite Entfernungen, zu großen Stress bei der Arbeit und zu viele Lebensbereiche wie Schule und Kultur, wo die Maximen der Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz die Oberhand haben – die heutige Ökonomie kennt kein richtiges Maß. Deshalb gehört für uns die Kunst des Unterlassens zum Leitbild einer zukunftsfähigen Wirtschaft. Die Frage «Wie viel ist genug?» wird sich nicht umgehen lassen. Suffizienz möchte die richtige Mitte zwischen Übermaß und Mangel finden. Sie zielt auf der einen Seite auf das Übermaß, weil es den Einzelnen oder die Gesellschaft mit allen Arten von Kosten belastet. Und sie zielt auf der anderen Seite auf den Mangel, weil viele oft nicht über das Lebensnotwendige verfügen. Die globale Mittelklasse hat häufig mit Problemen des Übermaßes zu tun und die Mehrheit der Weltbevölkerung mit Problemen des Mangels.

Zum Konzept der grünen Ökonomie muss die Idee der Suffizienz gehören, genauso wie die Idee des «Immer-mehr» zur fossilen Ökonomie gehört hat. Wenn sich die Ökonomie über die letzten 200 Jahre von den natürlichen wie sozialen Grenzen gelöst hatte, ist jetzt politische Selbstbegrenzung um der Natur wie um der Gesellschaft willen angesagt. Die Wirtschaftsverhältnisse der beiden letzten Jahrhunderte waren von einem Steigerungsimperativ geprägt; jetzt kommt es darauf an, ökonomische Abrüstung zu betreiben und eine Wirtschaft mit Maß neu zu erfinden. Umweltpolitisch gesprochen: Suffizienz – Wohlstand mit Maß – muss zur Effizienz – kluger Umgang mit Ressourcen – und Konsistenz – Verträglichkeit zwischen Industrie und Natur – hinzutreten, um zu einer Transformation des Wirtschaftssystems zu kommen. «Besser», «anders» und «weniger» sind das Dreigestirn der Nachhaltigkeit.

Dass Selbstbegrenzung gut tun kann, gehört zur Alltagserfahrung. Zu viel Essen macht unbeweglich und schadet der Gesundheit; zu viel Sport macht abhängig und überdehnt die Organe. Man kann des Guten auch zu viel tun. Ganz ähnlich können die Leistungen der fossilen Ökonomie in ihr Gegenteil umschlagen. Zeitlich stellt sie enorme Geschwindigkeiten zur Verfügung, die allerdings nicht selten im Stau enden. Räumlich bringt sie planetarische Verflechtungen hervor, die andererseits mit dem Niedergang der lokalen Wirtschaft erkaufte werden. Und schließlich produziert sie endlos viele Güterangebote, die auf der anderen Seite wiederum zu Überdross und Vermüllung beitragen. Dass hoher Lebensstandard nicht unbedingt hohe Lebensqualität bedeuten muss, ja, dass ein Übermaß an Lebensstandard die Lebensqualität vermindern kann, gehört zu den Lektionen, die wohlhabende Gesellschaften mittlerweile lernen mussten. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Suffizienz-Perspektive, Übermaß und Überdehnung zurückzunehmen, um abgedrängten Lebensqualitäten Geltung zu verschaffen. Damit eröffnet sich die Aussicht auf eine doppelte Dividende:

Weniger Wirtschaftsleistung schont nicht nur die Ressourcen, sondern schafft auch Raum für ein besseres Leben.

*Langsamere Geschwindigkeiten.* Stellt man in Rechnung, dass Hochgeschwindigkeiten überproportional Ressourcen kosten, liegt es nahe, Selbstbegrenzung als technisches Designprinzip einzuführen. So können Autos, Eisenbahnen und in anderer Weise auch Flugzeuge von ihren Konstruktionsprinzipien her für mittlere Geschwindigkeiten ausgelegt werden. Eine behutsam motorisierte Automobilflotte etwa, in der kein Auto schneller als, sagen wir, 120 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit fahren kann, kommt mit drastisch geringeren Treibstoffmengen aus und erlaubt außerdem andere Lösungen, was Materialien, Gewicht, Sicherheitsausstattung oder Formgestaltung anbelangt; es handelt sich also um eine neue Generation von Automobiltechnik. In ähnlicher Weise lassen sich die Züge in ihrem konstruktiven Design auf etwa 250 Stundenkilometer beschränken, eine Schwelle, jenseits derer die energetischen Kosten weit überproportional zunehmen. Im Design behutsam motorisierter Fahrzeuge und Antriebsaggregate findet so die Utopie des 21. Jahrhunderts ihren technischen Ausdruck, mit Eleganz innerhalb natürlicher Grenzen zu leben.

*Mehr Regionalisierung.* Geschwindigkeit führt zu größerer Entfernung. Deswegen haben sich mit der fossil getriebenen Beschleunigung weiträumige Verflechtungsnetze im nationalen, kontinentalen, bis hin zum globalen Raum aufgespannt. Zuerst die Eisenbahn und die Lastwagen, dann das Flugzeug sowie das Containerschiff und schließlich das Internet haben die lokalen Verknüpfungen des Wirtschaftens und Lebens aufgetrennt und mit überlokalen wie übernationalen Zentralen in meist weit entfernten Orten verbunden. Trauben kommen aus Chile, Computer aus Taiwan, und selbst das Bio-Müsli hat mit all seinen Zutaten bereits Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Kilometern hinter sich. Dabei werden die Regionen, die Gemeinwesen vor Ort, weitgehend zu Plattformen, wo überlokale Absatz- und Produktionsstrategien abgewickelt werden. Doch ökologischer Wohlstand wird auf eine neue Balance zwischen Ferne und Nähe angewiesen sein. Es liegt auf der Hand, dass Versorgungssysteme mit geringerer Transportintensität notwendig werden, will man sich auf das Ende des Zeitalters des billigen Öls vorbereiten. Darüber hinaus erfordert ein grünes Wirtschaften, das es sich in Naturzyklen einfügt und aus den regionalen Ökosystemen Energierohstoffe, Baumaterialien, Textilstoffe, Nahrungsmittel gewinnt und verarbeitet. Damit wächst zu einem gewissen Grad wieder die stoffliche Basis für eine regional verdichtete Ökonomie heran. Es ist nach dem Triumph der Globalisierung mit einer Renaissance der Regionen zu rechnen.

*Überlegter Konsum.* Diese Renaissance ist eine gute Nachricht für eine Gesellschaft, die die Gesamtmenge des Umschlags an Gütern in unschädliche Bahnen zurückführen will. Denn es ist durchaus die Frage, ob eine Wirtschaftsweise vernünftig ist, die in Zeiten umfassender Naturknappheit wertvolle Ressourcen dafür einsetzt, fortschreitend mehr Bedürfnisse über Marktprodukte zu befriedigen, von jedem Marktprodukt hundert Varianten anzubieten sowie alle hundert Varianten in eher kurzen Zeitzyklen veralten zu lassen, um sie wieder

durch brandneue Produkte zu ersetzen. Allerdings – muss das besonders betont werden? – liegt eine Strategie der quantitativen Suffizienz quer zu den Antrieben eines auf Ausscheidungskonkurrenz programmierten Kapitalismus: Nur wenn er es schafft, Wertschöpfung bei einer sinkenden Zahl an Gütern zu betreiben, kann er sich eine Chance auf Zukunftsfähigkeit ausrechnen. Außerdem zeigt sich: Mit ihrer Endlosfabrikation von Wünschen verlässt die Konsumgesellschaft ihren eigentlichen Zweck, das Leben der Menschen besser zu machen. Denn Überfülle und Verschleißzyklen neigen dazu, Orientierungsfähigkeit und Entscheidungskraft zu überfordern. Jeder wird gut daran tun, eine ganz neue Fähigkeit zu lernen: Dinge abzuwählen, auszuwählen, Nein zu sagen. «Von nichts zu viel» – selten hat wohl in den vergangenen zweieinhalbtausend Jahren der antike Leitspruch aus Delphi so ins Schwarze getroffen wie in der Hyperkonsumgesellschaft.

### **Social commons als Wirtschaftsfaktor**

Vorbei sind in den alt-industriellen Ländern die Zeiten hohen Wirtschaftswachstums. Es streiten sich die Expertinnen und Experten noch darum, ob ein Jahr für Jahr geringfügiger Anstieg der Wirtschaftsleistung oder ein durch Auf- und Abschwünge unterbrochenes Nullwachstum zu erwarten sei. Doch da ist noch nicht die ökologische Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft einberechnet. Eine Strategie der Ökoeffizienz («Besser»), der Naturverträglichkeit («Anders») und der Selbstbegrenzung («Weniger») hat noch weniger Aussichten auf Wachstum. In einer Postwachstumsgesellschaft müssen die erneuerbaren Wirtschaftssektoren wachsen, aber die fossilen schrumpfen, doch in der Bilanz gesehen ist langfristig mit «negativen Wachstumsraten» zu rechnen.

Wie wird eine nicht-wachsende Wirtschaft funktionieren, wenn allen ein geringeres Einkommen zur Verfügung steht als früher? Auf diese Großfrage, welche die nächsten Jahrzehnte bestimmen wird, gibt es, schematisch gesprochen, zwei Antworten: eine reaktionäre oder eine progressive. Die reaktionäre Antwort besteht darin, mit zunehmender Ungleichheit, sozialer Ausgrenzung und Verelendung eine Periode der Wachstumseinbuße durchzustehen; und die progressive darin, in ein neues Wohlstandsmodell zu investieren, das allen ein auskömmliches Leben sichert, da es auf einem anderen Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft beruht. Die progressive Antwort fällt nicht vom Himmel, sondern braucht Vorbereitung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Um die Gesellschaft gegenüber der Wirtschaft zu stärken, braucht es neuartige Infrastrukturen für veränderte Mentalitäten.

Allmende ist, trotz der altertümlichen Sprache, ein Grundzug heutiger Wirklichkeit. Überleben und gedeihlich leben können die Menschen nur, wenn sie Zugang zu Natur, Zugang zu Familie und Freunden und Zugang zu Sprache und Kultur haben. So selbstverständlich dieser Sachverhalt ist, so schwierig ist es, dafür eine politisch-öffentliche Sprache zu finden. Spricht man von Wirtschaft, so spielen die Konzepte von Markt und Staat eine alles überragende Rolle. Spricht man von Politik, fallen einem die unterschiedlichen Pole von rechts und links ein.

Von der Allmende (engl. «commons»), spricht kaum einer, gerade so, als ob es außer Markt und Staat nichts mehr von Belang gäbe. Die Konzepte von Markt und Staat erscheinen wie zwei kommunizierende Röhren: viel Markt auf der einen, wenig Staat auf der anderen Seite; wenig Markt auf der einen, viel Staat auf der anderen Seite. Dabei weisen Historiker und Anthropologen seit langem darauf hin, dass der Austausch von Gütern über den Markt oder über den Staat nur zwei Formen der Güterverteilung darstellen – neben einer dritten: dem Austausch in der Gemeinschaft. Während bei der ersten Form das Prinzip des Wettbewerbs herrscht, steht bei der zweiten das Prinzip der Planung und bei der dritten jenes der Gegenseitigkeit im Vordergrund. Im Allgemeinen mischen sich die Verteilungsprinzipien in einer Gesellschaft, doch in den beiden letzten Jahrhunderten geschah etwas Neues: Das Prinzip der Gegenseitigkeit verlor laufend an Boden. So konzentrierte sich der Streit seit Adam Smith auf das Verhältnis zwischen Markt und Staat, zwischen Wettbewerb und Planung, während das Prinzip der Gegenseitigkeit zum großen Verlierer wurde. Gemeinschaftliche Gruppen wie Familien, Verwandtschaft, Nachbarschaften, Freundesnetze, Genossenschaften und kooperative Wirtschaftsformen wurden in einen Sog des Niedergangs gezogen, während mal der Markt, mal der Staat den Sieg davontrugen.

In einer Postwachstumsgesellschaft gilt es diese Entwicklung zurückzudrehen. Oder besser: nach vorne zu gestalten. Die Commons sind eine andere Quelle des Wohlstands, neben dem Markt und Staat. So bilden die Commons die Grundlage sozialer Gemeinschaften insbesondere auf vier Ebenen:

- *Erstens*, auf der Ebene der Natur sind alle Menschen auf Wasser, Wälder, Boden, Fischgründe, Artenvielfalt, Landschaft, Luft, Atmosphäre mitsamt der in sie eingelassenen Lebensprozesse angewiesen. Als biologische Wesen haben sie ein Anrecht auf Naturgüter, unabhängig und vorgängig zu jedem Privateigentum an Naturbeständen.
- *Zweitens*, auf der Ebene des Sozialen sind Räume wie Plätze, Parks, Innenhöfe, öffentliche Gärten sowie Feierabend, Ferien, freie Zeit eine Voraussetzung dafür, dass sich soziale Netze bilden können.
- Was die Ebene der Kultur angeht, *drittens*, so liegt es auf der Hand, dass Sprache, Erinnerung, Gebräuche, Wissen zur Grundausrüstung für jegliche materielle und nicht-materielle Hervorbringung gehören. Als kulturelle Wesen stützen sich Menschen in ihrem Geist und in ihrem Geschick letztlich auf die Leistungen anderer.
- Und schließlich, *viertens*, auf der digitalen Ebene: Produktion und Austausch im Internet funktionieren umso besser, je weniger der Zugang zu Datenbeständen behindert wird. Für die freie Navigation in der virtuellen Welt ist es wichtig, dass Software-Codes sowie der Reichtum der hochgeladenen Texte, Töne, Bilder nicht durch überzogene Eigentumsansprüche verschlossen werden.

Die Allmende erneut zu stärken erfordert einen anderen Blick auf die Ökonomie. Was ist eigentlich Eigentum? Und was ist die Legitimation der Eigentumsbe-

sitzer? Was sich wie eine philosophische Diskussion anhört, hat praktische Konsequenzen. Wenn nicht im Eigentumsbegriff der Besitz von der Nutzung strikt getrennt wird, hat sowohl der Schäfer, der die Schafe mal hier, mal dort grasen lässt, genauso wie der Internetsurfer, der Artikel und Fotos herunterlädt, kaum eine Chance. Und was ist eigentlich Konkurrenz? Wenn Konkurrenz als «Mitsstreben» verstanden wird – die ursprüngliche Bedeutung des Wortes – und nicht als «survival of the fittest», dann können Kleinhändler/innen und Softwarespezialist/innen aufatmen. Und was ist eigentlich Wertschöpfung? Wenn damit nur Geldwert gemeint ist, den man durch Verkauf von Waren und Dienstleistungen erzielen kann, bleiben die Familienarbeit, Nachbarschaftsdienste, Stadteilbüros und «Peer Groups» draußen vor. Und was ist – die Frage aller Fragen – eigentlich Geld? Wenn beim Geld nicht unterschieden wird, ob es sich um ein Mittel zum Austausch und des Kredits oder um ein Mittel der Bereicherung und der Spekulation handelt, hat die ganze Ökonomie eine gefährliche Schlagsseite, wofür in der Navigationsprache die drohende Katastrophe steht.

So kommen mit einem anderen Blick auf die Ökonomie wesentliche Dinge zum Vorschein, die für eine Wirtschaft ohne Wachstum von Belang sein könnten. Denn es gibt neben der formellen Wirtschaft eine relationale Wirtschaft, in der es um die Beziehungen zwischen Personen und nicht nur um materielle Dinge geht. Der Reigen der relationalen Wirtschaft kann von Vereinen der Tradition wie Sportvereine und Kirchengemeinden, über Geschäfte eher klassischer Natur wie Einkaufsläden und den Reparaturservice reichen bis hin zu postmodernen Formen wie Car-Sharing und Bürgersolaranlagen. Dabei können sich verschiedene Formen der Verbindlichkeit einstellen: Freundschaften, Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsdienste wie auch Wohlfahrtsorganisationen, lokale Betriebe und Internetdienste. Formen der relationalen Wirtschaft finden sich in unterschiedlichen Bereichen: in der Ernährung, der Alten- und Krankenpflege, den Dienstleitungen, dem täglichen Bedarf und in Sektoren des Sports und der Unterhaltung.

Im Kern ist eine Wirtschaft, die auf soziale Bindungen setzt, eine «care economy». Sie trägt Sorge für Kinder, Jugendliche, Kranke sowie alte Menschen. Hier organisieren sich Eltern, Erzieher/innen, Pflegekräfte sowie Betreuende. Es zeigt freilich auch die Schwierigkeiten, mit denen eine relationale Wirtschaft zu kämpfen hat: Die Sorgearbeit, die Familienbeziehungen, Kommunen, private Träger müssen sich finanziell und strukturell neu organisieren. Eine solche Neuorganisation wird auch die Beziehungen zwischen den Geschlechtern neu ordnen müssen, wenn die überkommene geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern nicht zementiert werden soll. Die «care economy» wird entgleisen und mit ihr das ganze Konzept der relationalen Wirtschaft, wenn sich Männer wie Frauen nicht gleichermaßen beteiligen. Sorgearbeit muss insgesamt eine politische und gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Bezahlte und unbezahlte Arbeit muss dabei neu verteilt werden, nicht nur, aber vor allem zwischen den Geschlechtern.

Ferner appelliert die relationale Wirtschaft an andere Motive und Normen als der Markt und der Staat. Sicher, Konkurrenz und Leistung, Routine und Loyalität kommen auch vor, ja, sie können ein Bestandteil der «social commons» sein, aber sie können niemals Freiwilligkeit und Selbstorganisation, Kooperation und Unternehmergeist ersetzen. Sei es beim Aufbau von Wikipedia oder von städtischen Gemeinschaftsgärten, sei es beim Betrieb von Altenclubs und Kinderschulen – die Tugend der Kooperation wird ganz groß geschrieben. Zusammenarbeit, mit all ihren Schwierigkeiten, wird besser erachtet als Wettbewerb, gemeinsame Neugier wird mehr geschätzt als hortender Egoismus. Dinge gelingen besser, die man aus Passion, Engagement und Verantwortung macht – diese alte Erfahrung musste die klassische Betriebswirtschaft erst mühsam lernen.

Wie kann eine Wirtschaft funktionieren, ohne zu wachsen? Auf diese Großfrage wird es keine Antwort geben, ohne die bisher verborgenen Dimensionen des Wohlstands – vor allem auch der sogenannten «Care-Ökonomie» – in den Blick zu nehmen. Eine von ihnen sind die «social commons». Zwar ist privater Reichtum die am meisten ausgeleuchtete Dimension des Wohlergehens, doch ebenso wichtig sind alle Varianten gemeinschaftlichen Reichtums. Darin liegt außerdem die Chance, in Zukunft Formen von «distributed economies» nach dem Vorbild von «distributed energy production» zu bauen, also Formen lokaler Produktion, die über das Internet, wenn nötig weltweit, verbunden sind. Vor allen Dingen ist es aber denkbar geworden, einen Wohlstand mit weniger Geld möglich zu machen. Weil in den «social commons» nicht primär Leistungen aus monetären Motiven erbracht werden, sondern aus Gemeinsinn, Interesse an der Sache oder Solidarität, lassen sich Bedürfnisse mit einem geringeren Geldeinsatz erfüllen. So wie Wikipedia unerschwinglich würde, wenn allen Autoren als auch allen Mitkorrektoren ein Honorar bezahlt werden müsste, so erbringen etwa ältere Menschen in einem Co-Housing-Projekt untereinander Sorgeleistungen, welche die öffentliche Pflegefinanzierung niemals bezahlen könnte. Deshalb ist eine Neuerfindung der «commons» die Voraussetzung für den Bau einer wachstumsbefriedeten Wirtschaftsordnung des 21. Jahrhundert.

# Wohlstand in Vielfalt

Geld und Glück haben von alters her ein prekäres Verhältnis. Macht Geld glücklich? Hat ein Reicher oder ein Armer mehr Aussichten, glücklich zu sein? Generationen von Gelehrten machten sich Gedanken, wie die Wirtschaftsziele mit den anderen Zielen einer Gesellschaft zu vereinbaren seien. Doch seit der globale Finanzkapitalismus die Macht über die Wirtschaft übernommen hat, geht die alte Beziehung von Geld und Glück vollends in die Brüche: Das Volkseinkommen hat sich von der Wohlstandsentwicklung gelöst, ja ein hohes Volkseinkommen kann geradezu wohlstandszerstörende Auswirkungen haben. Man muss beileibe nicht an die Natur denken, es genügt auch, was die Verfolgung des Wirtschaftswachstums um jeden Preis mit den Gemeinschaften und Gesellschaften angestellt hat. Gut 230 Jahre nach Adam Smith, der mit seinem Hauptwerk *An Inquiry Into Nature and Causes of the Wealth of Nations* das ökonomische Zeitalter eröffnet hat, hat sich das ursprüngliche Anliegen allen wirtschaftlichen Handelns – der Wohlstand der Nationen – bis zur Unkenntlichkeit verflüchtigt. Und doch: Nicht die Vermehrung von Gewinn oder von Macht ist das eigentliche Ziel wirtschaftlicher Tätigkeit, sondern – man glaubt es kaum – den Wohlstand von Mensch und Natur zu fördern. Doch was ist «real wealth»?

Die Wohlstandsfrage ist zurück auf der Tagesordnung – im Süden wie im Norden. Wenn Wohlstand nicht mit Wachstum gleichzusetzen ist – womit dann? Mit verschiedenen Entwürfen von Wohlstand? Was sind die Ziele eines Wohlstands, was sind die Mittel zu seiner Verwirklichung? Das ist die Grundfrage, welche zahlreiche Sozialbewegungen umtreibt, welche die öffentliche Debatte mitprägt und in den statistischen Ämtern wie in der einen oder anderen Parlamentskommission ihren Niederschlag findet. Diese Frage berührt die Diskussion um die grüne Ökonomie in Europa sowie die «ecological civilization» in China und treibt die Debatte um die «sufficiency economy» in Thailand, um die «islamische» Wirtschaft und um ein «Buen Vivir» in den Andenländern an. Fast nichts davon hat Eingang gefunden in den UNEP-Report zur grünen Ökonomie, ganz zu schweigen in die Dokumente zu Rio+20.

Die Wohlstandsfrage zu stellen heißt, ein Stück weit die Gesellschaft von der Ökonomie zu befreien. Mehr noch: die Ökonomie zurückzudrängen, bis die Marktgesellschaft zu einer Marktwirtschaft wird. Karl Polanyi, von dem diese Formel stammt, meinte damit, dass das Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Gesellschaft neu zu bestimmen sei. Eine Gesellschaft, gemäß Polanyi, *hat* eine Ökonomie, sie *ist* jedoch keine Ökonomie. Die Scheidelinie zwischen Wirtschaft

und Gesellschaft war immer umstritten und hochgradig kulturell codiert. Die verschiedenen Kulturen unterscheiden sich darin, wie sie Natur, Arbeit, Familie, Geschlechterverhältnisse oder Spiritualität verstehen. Doch eines eint sie: sie bewerten die gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Maßstab «gut oder schlecht» und nicht (nur) nach dem Maßstab «effizient oder unproduktiv». Die erste Unterscheidung stellt ein moralisches Urteil dar, das von der «Großerzählung» einer jeden Kultur, vom Raum- und Zeitempfinden, geprägt ist. Die zweite Unterscheidung ist ein ökonomisches Urteil, das die Verhältnisse nach Leistung, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einschätzt. Auch hier gibt es eine Großerzählung, nämlich die, wie Güterreichtum und wirtschaftliche Macht gewonnen werden können. Die ökonomische Denkweise kolonisiert andere Lebensbereiche wie die Erziehung, die Familie, das Gesundheitswesen, die Kultur, die Freizeit, deren Normen und Werte mit wirtschaftlicher Effizienz und Wettbewerbsstärke eigentlich nicht viel zu tun haben. Jeder dieser Lebensbereiche hat verschiedene Leitbegriffe, Denkstile und Praktiken, die je nach Profession und Kultur unterschiedlich sind. Obwohl sich die Mentalitäten der Lebensbereiche fortwährend ändern, sind sie doch kulturell geprägt und werden impuls- und handlungsleitend. Den Monopolanspruch der ökonomischen Erzählung in öffentlichen Angelegenheiten zu brechen, diese Agenda vereint Tausende und Abertausende von Oppositionsbewegungen in der ganzen Welt.

Es gibt im Norden zahlreiche Initiativen, welche die Vorherrschaft der ökonomischen Weltsicht einzuschränken versuchen. Diese Initiativen stehen gegen den Trend, Arbeit, Bildung, Stadtplanung, Kunst und soziale Beziehungen, eben das Leben, im Namen von noch mehr wirtschaftlicher Effizienz zu funktionalisieren. Dabei berufen sie sich nicht auf Kosten-Nutzen-Rechnungen, sondern auf Maßstäbe des guten und gerechten Lebens. Es ist kein Zufall, dass im Norden die Diskussion über den Wohlstandsbegriff wieder aufflammt. Weite Kreise sind der Meinung, dass der Leitbegriff der Ökonomie, das Bruttosozialprodukt, in die Irre führt und durch andere Maßgrößen des Wohlstands ersetzt werden müsse. Man kann zum Beispiel nicht von gesellschaftlichem Wohlstand sprechen, wenn die Ungleichheit fortlaufend zunimmt und der Reichtum der Einen durch die Armut der Vielen erkaufte wird. Genauso nicht, wenn die Produktion von agrarischen Erzeugnissen, von Gütern und Dienstleistungen mit einer Schädigung lokaler Ökosysteme sowie der globalen Biosphäre einhergeht – wie auch der UNEP-Report über die grüne Ökonomie unterstreicht.

Ein weiterer Schauplatz zur Eindämmung der Ökonomie ist die Ordnung der Finanzmärkte. Wie kann die Entkoppelung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft zurückgeführt werden? Der Finanzwirtschaft wieder strikte Grenzen zu setzen und dem Geld eine angemessene Rolle zu geben, das erweist sich immer mehr als Lackmустest für eine Politik, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Ein weiteres Terrain, heiß umkämpft während der gesamten Industrialisierungsgeschichte, ist die Arbeit. Von Auseinandersetzungen über die Länge des Arbeitstags bis zur Prekarisierung der Jobmuster, von Konflikten um die Fließbandarbeit bis hin zu den Managementgehältern reichen die Streitthemen, die sich alle um

die Frage drehen, wie weit darf sich die Wirtschaft des Lebens eines Beschäftigten bemächtigen. Vor allem ist die Mutter aller Fragen in weite Ferne gerückt: Was ist gute Arbeit? Gewiss ist gute Arbeit eine zufriedenstellende, ja herausfordernde Tätigkeit, doch gehört eine Arbeit dazu, welche die Menschen oder die Natur schädigt? Nicht mehr fern ist der Zeitpunkt, an dem es um gute Arbeit für alle ohne Wirtschaftswachstum geht. Gibt es dazu eine wirtschaftswissenschaftliche Theorie, von der Praxis ganz zu schweigen? Weiter durchzieht ein Konflikt um die Grenzen der Ökonomisierung etwa die Bereiche Gesundheit, Soziales und Bildung. Verräterisch ist schon die Sprache: Aus Patient/innen werden Nutzer/innen, aus Pflegebedürftigen werden Leistungsempfänger, aus Student/innen werden Kund/innen. Zahlreiche Gruppen wollen dagegen die Motive der Sorge, des Engagements, der Autonomie zur Geltung bringen. Was ist Gesundheit, was ist Pflege, was ist Bildung? Solcherart Fragen, jeden Tag aufs Neue, sind der Stoff aus dem die nicht-ökonomischen Erzählungen gemacht sind. Um ein Beispiel aus der Stadtplanung zu nehmen: Was ist eine gute Stadt? Für wen und für welche Zwecke? Tunnelbauten und Stadtautobahnen, verödete Innenstädte und ausufernde Suburbanisierung sind Themen, die entscheiden, ob Stadtplanung bloße Wirtschaftsplanung oder die Gestaltung einer lebenswerten Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger ist. Wie gelingt ein Stadtumbau, mit welchen Kriterien an Schönheit und Funktionalität? Das sind Fragen, die allerorten heftig debattiert werden. Städte sind lebendige Organismen – würden sie nur der Wirtschaftlichkeit gehorchen, wären sie unwirtlich und ohne urbane Qualität. Vielfältig, uneinheitlich und vor allen Dingen dynamisch sind die guten Städte, wie die Suche nach dem guten und gerechten Leben auch.

Im Süden gibt es ebenso, kulturell unterschiedlich eingebettet, die Idee vom guten Leben; nur hier wird es im Gegensatz zu konventioneller wirtschaftlicher Entwicklung gesehen. Denn die bäuerliche Bevölkerung in den Peripherien hat meist unter der Entwicklung zu leiden; die Folgekosten des Wirtschaftswachstums werden auf ihren Rücken ausgetragen. Indem Regierung und Wirtschaft, die städtischen Mittelklassen und ländliche Eliten die Entwicklung vorantreiben, kommen das Land, der Lebensraum und die kulturellen Traditionen der indigenen Bevölkerung, der Kleinbauern und Fischer unter Druck. Staudämme verdrängen eingeborene Völker, Industrielandwirtschaft schmälert die Marktchancen von Bauern, schwimmende Fischfabriken marginalisieren lokale Fischer, Supermärkte untergraben kleine Einzelhändler. Wirtschaftswachstum zeigt oft kannibalische Züge: Es verzehrt die Natur wie auch die Menschen und gibt dabei Abfälle und Ausdünstungen aller Art ab. Die Glanzseite der Entwicklung hat die Schattenseite von Vertreibung und Enteignung. Dies ist der Grund, warum Wirtschaftswachstum neben Reichtum auch regelmäßig Armut produziert.

Aus diesem Grund lässt sich die Bewegung des Buen Vivir als Gemeinschaftsziel proklamieren. Geboren bei den «indigenas» der Hochebenen der Anden, hat die Bewegung urbane Schichten und viele Länder erfasst. Im Jahr 2008 wurde das Buen Vivir in die neue Verfassung Ecuadors und 2009 in die Boliviens (als

«Vivir Bien») aufgenommen. Die Bedeutungen des Buen Vivir unterscheiden sich voneinander, doch lassen sich fünf Elemente herauschälen.

*Erstens*, das gute Leben wird als Gegenpol von Entwicklung verstanden, die unilinear und als von oben herab gedeutet wird. Dabei wird Entwicklung nicht nur als sozial-ökonomischer, vielmehr auch als mentaler Prozess betrachtet. Angestrebt wird nichts weniger als eine Entkolonisierung der Imagination.

*Zweitens*, es gibt verschiedene Erzählungen des Buen Vivir, je nach kultureller Tradition. Ja, es gibt verschiedene Nationen – die bolivianische Verfassung spricht von Plurinationalen – mit je eigener Sprache, Geschichte, Sozialformen und Anpassung an die Naturbedingungen. Biologische Diversität bedingt kulturelle Diversität und umgekehrt genauso.

*Drittens*, es ist eine gemeinschaftsbezogene Erzählung, welche die Beziehungen zu den Mitgenossen, zur Tier- und Pflanzenwelt und dem Kosmos betont, anstatt, wie in der westlichen Tradition, vom Individuum auszugehen. Buen Vivir heißt, mit der Mitwelt – der natürlichen wie der menschlichen – gut zusammen leben zu können.

*Viertens*, gemeinsam bewirtschaftet werden die Wälder, die Böden oder das Saatgut, auch kollektive Arbeit und Maschinen sind Gemeingüter. Sozialregeln und Techniken können sich durchaus wandeln, aber nach Maßgabe der Gemeinschaft.

Schließlich, *fünftens*, ist die Natur der Existenzgrund für die Menschen, und sie sind Teil der Gemeinschaft aller Lebewesen. Berge und Flüsse, Pflanzen und Tiere sind in gemeinsamer Erzählung als lebendige Subjekte mit einbezogen, mit denen man Zwiesprache haben kann.

Allerdings gerät die Buen-Vivir-Bewegung immer öfter in Konflikt mit den Regierungen, auch wenn sie ihr ideell nahestehen. Entgegen der hehren Grundsätze hat sich die alte Konstellation nicht verändert: Die indigene Bevölkerung und ihr Lebensraum müssen für die Entwicklung der Städte und der Wirtschaftskraft der Nation erhalten. Konflikte um Bergbau und Ölvorkommen, Kämpfe um Fernstraßenbau und Abholzung sind an der Tagesordnung. Entwicklung als Wachstum bleibt die dominante Strategie. Vor allen Dingen dienen der Lebensraum der Berge und die Dschungelgebiete der Indigenen zur Gewinnung von Rohstoffen wie Gold, Eisenerz, Öl, Lithium, wobei auch die dem Buen Vivir wohlgesonnenen Regierungen nicht umhinkommen, den Haushaltlöchern des Staates und den Akkumulationschancen der (Welt-)Wirtschaft ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Im asiatischen Raum, besonders in Bhutan, Thailand und benachbarten Ländern, gibt es vergleichbare Strömungen gegen das konventionelle Entwicklungdenken. Überall dort, wo die buddhistische Tradition noch lebendig ist, wächst das Interesse an Themen der neuen Ökonomie. Aktivisten und «community organizers» zielen darauf hin, eine «Sufficiency Economy» zu schaffen – in Thailand ein Begriff mit königlichen Weihen, der in der Periode nach Thaksin (Premierminister 2001-2006) für einige Zeit in die Regierungssprache aufstieg. Das Konzept der Sufficiency Economy hat seine Wurzeln im buddhistischen

Menschenbild: Es empfiehlt, einen mittleren Weg zu suchen, zwischen Mangel und Luxus, wie zwischen Tradition und Moderne. Wirtschaftliches Handeln hat vernünftigen Kriterien zu folgen und die Langfristfolgen für die Umwelt und für das Gemeinwesen zu bedenken. Als Wirtschaftsstruktur legt man hohen Wert auf Resilienz, das heißt auf Widerstandskraft gegen drastische Veränderungen und Katastrophen.

Wie Buen Vivir auch, ist das Konzept der Suffizienz-Ökonomie getragen von starken Vorbehalten gegen die herrschende Ökonomie mit ihrem Nachdruck auf Gewinnstreben und mit ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Natur wie den Menschen. Aus der Kritik an den ökonomischen Gewissheiten, in der nördlichen wie in der südlichen Hemisphäre, kann die grüne Ökonomie manches lernen auf der Suche nach – um ein Wort von J. C. Kumarappa zu gebrauchen – einer «economy of permanence».

# LITERATUR

- Altwater, Elmar (2012): Zerstobene Verheißung: Finanz- und Naturkrisen 20 Jahre nach Rio, in: *Informationsbrief Weltwirtschaft und Entwicklung*, W&E-Hintergrund, Februar 2012.
- Brunnengräber, Achim/Haas, Tobias (2012): Rio+20: Die grüne Beliebigkeit, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2/2012, S. 15-18.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2010): Nationale Forschungsstrategie BioÖkonomie 2030. Unser Weg zu einer bio-basierten Wirtschaft, Bonn und Berlin; [www.bmbf.de/pub/biooekonomie.pdf](http://www.bmbf.de/pub/biooekonomie.pdf) (2.5.2012).
- Dröge, Susanne/Simon, Nils (2011): Green Economy: Vision mit begrenzter Reichweite, *SWP-Aktuell* 19, Berlin.
- Fatheuer, Thomas (2011): Buen Vivir – Recht auf ein gutes Leben, Schriftenreihe Ökologie der Heinrich-Böll-Stiftung, Band 17, Berlin.
- Gudynas, Eduardo (2011a): Buen Vivir. Today's tomorrow. *Development*, 54 (4), S. 441-447.
- Gudynas, Eduardo (2011b): Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen, in: *Kurswechsel* 3/2011, S. 69-80.
- Heinrich-Böll-Stiftung (2002): Das Jo'burg-Memo. Memorandum zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung, Berlin.
- Heinrich-Böll-Stiftung und ETC Group (2012): Interactive Dialogue on Harmony with Nature. Who will control the Green Economy (im Erscheinen).
- Heinrich-Böll-Stiftung und WWF Deutschland (2011): How to Feed the World's Growing Billions. Understanding FAO World Food Projections and Their Implications, April 2011; <http://www.boell.de/downloads/2011-05-How-to-feed-the-Worlds-growing-billions.pdf>.
- Helfrich, Silke/Kuhlen, Rainer/Sachs, Wolfgang/Siefkes, Christian (2010): Gemeingüter – Wohlstand durch Teilen, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): Commons. Für eine Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld.
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum – Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, München.
- Madlener, Reinhard/Alcott, Blake (2011): Herausforderungen für eine technisch-ökonomische Entkoppelung von Naturverbrauch und Wirtschaftswachstum. Unter besonderer Berücksichtigung der Systematisierung von Rebound-Effekten und Problemverschiebungen, Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des Deutschen Bundestages, Endfassung vom 7. Dezember 2011.
- Martens, Jens (2012): Rio+20. Die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung 2012. Hintergründe – Konflikte – Perspektive, hrsg. von Global Policy Forum Europa, Bonn.
- McKinsey Global Institute (2011): McKinsey Sustainability & Resource Productivity Practice, Resource Revolution: Meeting the World's Energy, Materials, Food, and Water Needs, November 2011.
- Mittler, Daniel (2011): Vorwärts zur Green Economy?, in: Rundbrief Forum & Entwicklung, 3/2011, S. 8-9.
- OECD (2011a): Auf dem Weg zu umweltverträglichem Wachstum. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger, Mai 2011.
- OECD (2011b): Towards Green Growth, May 2011, OEDC.
- Sachs, Wolfgang (2002a): Von Rio nach Johannesburg – mit einem Umweg über New York, 11. September 2011, Wuppertal Paper Nr. 119, März 2002, Wuppertal.

- Sachs, Wolfgang (2002b): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie, Frankfurt a.M.
- Santarius, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (Hrsg.), März 2012, Wuppertal.
- Succow, Michael (2009): «Es geht nicht um die Natur», Interview von Michael Succow in *ZeitOnline*, 3. Juni 2009; <http://www.zeit.de/zeit-wissen/2008/03/Interview-Succow> (2.5.2012).
- The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB) (2011): Mainstreaming the Economics of Nature: A Synthesis of the Approach, Conclusions and Recommendations of TEEB.
- United Nations Development Programme (UNDP) (2007): Thailand Human Development Report 2007: Sufficiency Economy and Human Development, Bangkok.
- UNEP (2011): Towards a Green Economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Nairobi.
- Unmüßig, Barbara (2012a): Grüne Ökonomie – die neue Zauberformel? Erwartungen an die Rio+20 Konferenz, in: *Zeitschrift Vereinte Nationen*, Ausgabe 1/2012, 60. Jahrgang, S. 3-9.
- Unmüßig, Barbara (2012b): Anlauf zur Rettung des Planeten?, in: *E+Z*, 4/2012, S. 166-168.
- White House, The (2012): National Bioeconomy Blueprint, April 2012; [http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/microsites/ostp/national\\_bioeconomy\\_blueprint\\_april\\_2012.pdf](http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/microsites/ostp/national_bioeconomy_blueprint_april_2012.pdf) (2.5.2012).
- Wichterich, Christa (2012): Die Zukunft, die wir wollen – Eine Feministische Perspektive, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.
- Wissenschaftlicher Beitrag für Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten 2011, Berlin.
- Wuppertal Institut (2008), Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, hrsg. von BUND, eed, Brot für die Welt, Frankfurt.
- WWF Deutschland (2011): Fleisch frisst Land, Berlin.





Seit der ersten UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio haben sich alle wichtigen ökologischen Trends verschlechtert. Politik und Wirtschaft lassen sich bis heute bei ihren Entscheidungen kaum von Klimawandel, Biodiversitätsverlust oder Ressourcenknappheit beeinflussen. Die Idee des ungehinderten Wachstums als Weg aus der Armut sowie der Wirtschafts- und Finanzkrise bleibt weitgehend unangefochten und

findet aktuell ihren Ausdruck in einer grünen Ökonomie. Doch nicht alles, was «grün» und effizient ist, ist auch ökologisch tragfähig und sozial gerecht.

Dieser Essay skizziert eine Politik des Weniger, einen Wohlstand mit Maß, damit die Ressourcen und die Atmosphäre für alle Menschen auf der Erde reichen und ein Leben in Würde und ohne Not möglich machen.

**Heinrich-Böll-Stiftung e. V.**

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

T 030 285340 F 030 28534109

E [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

W [www.boell.de](http://www.boell.de)

ISBN 978-3-86928-082-0